

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 324 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 9/2022 VOM 21. SEPTEMBER 2022 · 1 EURO

2/3 | **Nie wieder Krieg –
nie wieder Faschismus**
Aktionen zum Weltfriedenstag

10 | **Optimale
Stoppregeln**
Eine fast ausgestorbene Forschung

12 | **Neue Investoren stehen
nicht im Vordergrund**
Wirtschaftsförderung in Eberswalde

Wachhalten und weitertragen!

Gedenken an die Opfer des Faschismus am 11. September auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau

Anlässlich des Internationalen Gedenktages für die Opfer des Faschismus, auch Tag der Erinnerung und Mahnung genannt, gestaltete das Territoriale Bündnis Bernau und Umgebung am 11. September am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau das diesjährige Gedenken. Gewidmet den antifaschistischen Spanienkämpfern, ihren Lebenswegen und ihrem Streben. Erich Weisert beschrieb die Solidarität der Internationalen Brigaden 1938 so:

»Wir gingen treu mit Euch durch Blut und Flammen.

Das bleibt in allen Herzen eingebrennt.

*Mit unsern Leibern hielten wir das Land,
so lebten wir, so starben wir zusammen!*

Erinnert wurde an die Botschaft der überlebenden Spanienkämpfer, wie die von **KURT LOHS**. Geprägt durch den Widerstand in Deutschland, den Kampf gegen die Faschisten in Spanien, ging er durch die Hölle der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald. Zeit seines Lebens wirkte er getreu dem Schwur von Buchenwald für den Aufbau eines anderen Deutschlands, vor allem für die Heranwachsenden.

Aufgehoben in unserer Erinnerung ist **HORST AMMANN**, ehemals wohnhaft in Stolzenhagen, heute Großgemeinde Wandlitz. Ein Antifaschist, den die Wandlitzer SA 1932 zusammenschlug und der nach 1933 nach Tschechien flüchtete, um nicht den Faschisten in die Hände zu fallen. Er folgte dem Ruf der KPD, nach Spanien zu gehen. Trotz Verwundung, nur noch einarmig, nahm er weiter am Kampf der Internationalen Brigade teil. 1939 wurde er in Frankreich interniert. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Frankreich wurde er durch die französischen Behörden ausgeliefert und 1940 von der Gestapo in Paris erschossen.

Verwiesen wurde auf einen Stolperstein in Berlin-Friedrichshain, der den Namen **GUSTAV WEGENER** trägt. Gustav war aktiver Streiter der Widerstandsorganisation ANTON SAEFKOW – FRANZ JACOB – BERNHARD BÄSTLEIN. Ein Instrukteur der Zellen, auch in Schönow, Basdorf und im Norden Berlins. Er hatte wesentlichen Anteil an den Widerstandshandlungen der hiesigen Frauen und Männer in der Rüstungsindustrie. Mit **ELLI VOIGT**, **AUGUSTE HAASE**, **ERICH MIELKE**, **WALDEMAR PLOTEK** und so vielen anderen Streitern, die dem Ruf *»Fort mit Hitler! Schluß mit dem Krieg!«* folgten und Widerstand leisteten, teilte er das ihnen zugewiesene gewaltsame Ende durch den Strick oder das Fallbeil.

Zu Beginn und zum Ende der Gedenkveranstaltung erklangen spanische Lieder, darunter das Lied der Thälmann-Kolonnen *»Spaniens Himmel breitet seine Sterne...«*.

Es wehte die Fahne der antifaschistischen Widerstandskämpfer der bis 1990 bestehenden Kreisorganisation Bernau über unseren Häuptern. No Pasaran!

KLAUS-DIETER JÄSCHKE



»Für ein friedliches Miteinander«

An jedem Sonnabend von 10 bis 12 Uhr protestiert auf dem Eberswalder Marktplatz das gleichnamige Bündnis gegen den Krieg in der Ukraine und die direkte Beteiligung der BRD-Regierung an diesem Krieg in Form von Waffenlieferungen und der selbstmörderischen Sanktionspolitik gegen Rußland sowie für eine diplomatische Lösung des Konflikts unter Beachtung der Interessen aller Beteiligten.

»Heißer Herbst«

Außenministerin Annalena Baerbock befürchtet Volksaufstände, andere beschwören einen »Heißen Herbst«. Gründe für soziale und Antikriegsproteste gibt es genug. Die Sanktionspolitik der Bundesregierung im Zusammenhang mit der durch Rußland vollzogenen Eskalierung des seit 2014 andauernden Kriegs in der Ukraine hat schwere Auswirkungen weniger für Rußland als vielmehr für die Wirtschaft und die Bevölkerung in der BRD.

Während der Außenministerin egal ist, was ihre deutschen Wähler denken – Respekt vor soviel Ehrlichkeit – sekundieren gut dotierte »Protestforscher«, ja sowas gibt es, indem sie vorab die erwarteten Proteste »einordnen«. Selbiges tat Alexander Leistner in einem taz-Interview*. Leistner bearbeitet in Leipzig das Projekt »Das umstrittene Erbe von 1989«, das »die Montagsdemos in Ostdeutschland und ihre wechselhafte Bedeutung erforscht«.

Der »Protestforscher« hat »zwei Stränge« festgestellt, die für die Proteste mobilisieren: Teile der Linkspartei insbesondere in Leipzig und zum anderen gebe es »seit 2014 Montagsdemos in vielen kleinen und mittleren ostdeutschen Städten«, mit denen zuletzt gegen die Corona-Politik der BRD-Regierung demonstriert wurde, auch als die von Westdeutschland ausgehende »Querdenken-Bewegung bundesweit schon nicht mehr stark war«. Diese hätten »sich nun auch die Proteste gegen die Energiepolitik angeeignet«. Näheres erforschte der »Protestforscher« offenbar nicht.

Es müsse darum gehen, so Leistner, in der Energiekrise die rechten Deutungsmuster nicht zu übernehmen. »Also die Frage nach solidarischer Lastenteilung zu stellen, ohne den russischen Angriffskrieg zu relativieren und damit Ursache und Wirkung zu verkehren.«

Aha – den »russischen Angriffskrieg zu relativieren«, ist ein »rechtes Deutungsmuster«. Leider geht der »Protestforscher« nicht über das gängige Narrativ hinaus und man erfährt nicht, was konkret mit dem »Relativieren« gemeint ist. Womöglich gehört schon das Nachdenken über die Ursachen dazu? Leistner stellt fest: »Die Ereignisse 89 in der DDR waren eine charismatische Erfahrung, die die politische Kultur geprägt haben. Die überraschende Erfahrung, daß eine Diktatur wie ein Kartenhaus zusammenbricht, hat eine Unmittelbarkeitswirkung geweckt. Es gibt ... in Ostdeutschland die Erwartung, daß Demonstrationen direkt in politisches Handeln umgesetzt werden: Wir demonstrieren hier so lange, bis unsere Forderung erfüllt wird. Es fehlt die Erfahrung einer langjährigen, stabilen Demokratie, mit einer starken Zivilgesellschaft, Parteien und Gewerkschaften, in denen man sich langfristig für seine Interessen einsetzt.«

Aha – 32 Jahre nach dem Beitritt zur BRD fehlt im Osten »die Erfahrung einer langjährigen, stabilen Demokratie...«. Woran das wohl liegt?

GERD MARKMANN

* taz.de/Protestforscher-ueber-Montagsdemos/15878880/

Weltfriedenstag in Eberswalde



Foto: HEIKE LAURICH

Eberswalde (bbp). Am Nachmittag des 1. September, in diesem Jahr ein Donnerstag, war es das BÜRGERMÜNDNIS FÜR EIN FRIEDLICHES MITEINANDER, das im Eberswalder Stadtzentrum mit ihren Antikriegsprotesten Präsenz zeigte. Die vergangenen zwanzig Jahre hatte regelmäßig das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE die Aktionen zum Weltfriedenstag organisiert. Doch seit dem Beginn der sogenannten »Sonderoperation« Rußlands in der Ukraine fiel diese Organisation, die immer einen großen Wert auf eine möglichst breite Beteiligung der Eberswalder Zivilgesellschaft gelegt hatte, in eine Art Schockstarre. Seit ihrer kurz vor dem 24. Februar verfaßten und auch wegen des Bemühens um Breite eher weichgespülten Pressemitteilung (BBP 3/2022) war vom Bündnis für den Frieden Eberswalde als solches nichts mehr zu hören und zu sehen. Erst kurz vor dem diesjährigen Weltfriedenstag raffte sich das Bündnis nochmal auf, hatte aber noch eine Woche vorher kaum etwas vorbereitet und eine gemeinsame Aktion mit dem Bürgerbündnis wurde trotz des ähnlich klingenden Namens abgelehnt. Informationen, ob eventuell inhaltliche Differenzen die Zusammenarbeit scheitern ließen, liegen der BBP-Redaktion nicht vor. Kultureller Höhepunkt und Abschluß war der Auftritt des Chors IWUSCHKA, der auch in den Vorjahren regelmäßig die Veranstaltungen zum Weltfriedenstag bereicherte.

Der Schoß ist fruchtbar noch ...

... aus dem es kroch. Anfang September verstarb Malte in Münster an seinen Verletzungen als Folge eines homophoben und transfeindlichen Angriffes am Rand des örtlichen Christopher Streetdays. In der Zeitung mußten wir erst kürzlich lesen, daß ein Mann im Regionalzug nach Bernau Menschen bespuckt und volksverhetzend beleidigt. Die AfD-Jugend führt einen Aktionstag in Bernau durch. Die faschistischen Kleinstparteien Die Rechte und der Dritte Weg verteilen Flugblätter in Bernau.

Auch der Blick über unsere Region hinaus muß uns besorgen. Bei den anstehenden Neuwahlen in Italien werden der extremen Rechten gute Chancen gegeben. Bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich konnte die extreme Rechte ihr bisher bestes Ergebnis erzielen.

Wir leben in Zeiten großer Verunsicherung, in Zeiten verschiedener miteinander verschränkter Krisen. Wir mußten sehen, daß dies leider nicht zum Erstarken der gesellschaftlichen Linken geführt hat, sondern in Teilen zum Erstarken der Rechten. Die neuerliche Zuspitzung der sozialen Krise in Folge der Inflation wird ebensowenig von sich aus zu einem Erstarken der gesellschaftlichen Linken führen.

Dies wird harte Arbeit sein: Menschen davon zu überzeugen, daß es eine solidarische Lösung der Krisen gibt. Dies ist auch eine Voraussetzung dafür, daß die faschistischen Kräfte mit ihrer Politik der einfachen Antworten, der Sündenböcke, des Hasses auf Fremde und Anders-Lebende, der Politik der Krisenlösung auf Kosten Schwächerer nicht erstarkt. Leider ist es viel zu wenig bekannt, daß beispielsweise die AfD, wenn es konkret wird, Politik gegen die Masse der Bevölkerung macht. Sie hat noch nie einer Mindestloohnerhöhung im Bundestag zugestimmt, sie war gegen das 9-Euro-Ticket, um nur zwei Beispiele von vielen zu nennen.

Wir erinnern heute an widerständige Menschen, die dem Kampf gegen den Faschismus ihr Leben verschrieben und sich am proletarischen Kampf im spanischen Bürgerkrieg beteiligten. Sie sollen uns Mahnung und Verpflichtung sein, gegen Faschismus und für eine solidarische Gesellschaft einzustehen, ganz im Sinne des Schwurs von Buchenwald: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

MARTIN GÜNTHER, Die Linke Bernau

Kundgebung zum Weltfriedenstag in Bernau:

Nie wieder Krieg und Faschismus – für eine friedliche Welt

Unter dem Motto »Für Frieden. Gegen Aufrüstung« beging die LINKE Bernau auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau ihr Gedenken am Weltfriedenstag 2022. Vor zahlreichen Gästen und Zuschauern erinnerten die Veranstalter an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus.

Ein einstündiges Programm ließ auf vielfältige Weise nachvollziehen, inwieweit der zweite Weltkrieg, der mit dem Überfall auf Polen am 1.9.1939 begann, bis heute auf unser Leben und unsere Politik nachwirkt. Mitglieder des Bernauer Stadtvorstands trugen Inhalte aus wichtigen und nützlichen Schriften zu Gedenken und Mahnung vor.

Martin Günther von der Stadtfraktion der Linken Bernau bemühte sich, die gegenwärtige kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine in einen internationalen Kontext zu stellen. »Die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten imperialer Mächte und die Mißachtung des Völkerrechts bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Dabei ist Rußlands Krieg nicht der erste Angriff auf das Völkerrecht. Wir vergessen nicht den Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien 1999, den Irakkrieg der USA 2003 und die Annexion der Krim durch Rußland 2014. Diese Kriege zeigen: Die multipolare Weltordnung mit ihren imperialen Machtzentren braucht nicht mehr Waffen, sondern eine neue Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den Mittelpunkt stellt.«

Diese historische Einsicht wirkt ebenso auch auf den Ukraine-Krieg. »Statt einer Logik des Militärischen braucht es eine Logik der Verhandlungen und der Abrüstungsverträge! Aber die Ampel-Regierung und die Parteien rechts von ihr setzen weiter auf das Militärische. Über Nacht hat Bundeskanzler Scholz eine Aufrüstung von 100 Milliarden Euro angekündigt und durchgesetzt. Diese Aufrüstung ist auch deshalb völlig absurd, weil die NATO Rußland konventionell militärisch mehrfach überlegen ist.«

Janina Gebauer trug den Aufruf des dgb vor, welcher nicht nur die bekannten Positionen der Dachorganisation widerspiegelte. »Mit unseren Aktionen und Kundgebungen am diesjährigen Antikriegstag warnen wir vor einer weiteren Militarisierung der Debatte. Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen. Hinzu kommt, daß jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle zu fehlen droht. Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf weder auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen und die soziale Ungleichheit in unserem Lande verschärfen. Noch darf sie dazu führen, daß die dringenden Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation ausbleiben.« Diese Ziele sollen mit der Durchsetzung von vier Positionen gesichert werden:

- für eine europäische und internationale Friedensordnung
- für eine kooperativ ausgerichtete Sicherheitspolitik
- gegen einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf

• für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen

Dr. Hildegard Bossmann las in historischen Schriften Meinungen zum kriegerischen Treiben aus der Vergangenheit.

Martin Günther traute sich danach an eine stark formulierte Pressemitteilung der Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e.V. heran: »Der Krieg ist keine Naturgewalt, die immer wieder über uns Menschen hereinbricht. Krieg wird geplant, hinter Krieg steht eine Industrie und Krieg ist eines von vielen Mitteln zur Durchsetzung des Interesses von Nationalstaaten. Die kurdische Gesellschaft hat unter vier verschiedenen Nationalstaaten gelitten. Sie wurden in ihren eigenen Dörfern mit staatlicher Gewalt und Mord konfrontiert. Die Gewalt des türkischen Staates, der Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk, nimmt seit Jahren wieder zu.«

Die Organisation erinnerte daran, daß der als faschistisch bezeichnete türkische Staat seit 100 Jahren sein Land einem pausenlosen Blutvergießen überzieht und Minderheiten vielfältiger Konfessionen einer Politik der Assimilation, Verleugnung und Vernichtung aussetzt. »Jede nichttürkische und nichtislamische Identität wird verfolgt. Die kurdische Gesellschaft hat eine aktive Kultur und aktive Strukturen des Widerstands gegen Vernichtung und Assimilation geschaffen. Deshalb betrachtet der türkische Staat sie als größte Bedrohung.« Die Türkei bildet »bis heute das entscheidende Hindernis für ein friedliches Zusammenleben in vielen Regionen im Mittleren Osten.« Diese Aussage wird untermauert mit dem Verweis auf seine Bündnisse, wobei wir hier feststellen müssen, daß die von der türkischen Regierung am Leben gehaltene Unterdrückung auch von Deutschland ausgeht.

»Sowohl mit den USA als auch mit Rußland stimmt die Türkei sich ab, immer bemüht, den Deal einzugehen, der den eigenen Machtambitionen mehr Raum einräumt. In das Bündnissystem der NATO eingebettet kann kein NATO Staat sich von einer Mitschuld an den Verbrechen der Türkei freisprechen. Ganz besonders Deutschland ist mitschuldig. Deutschland stützt die Türkei wirtschaftlich und politisch.«

In diesem System werden »Waffen von Deutschland an die Türkei geliefert. Die Drohnen aus türkischer Produktion sind ausgestattet mit deutscher Zieltechnik. Diese Drohnen setzte die Türkei im Armenien-Aserbaidschan-Krieg ein, als Aserbaidschan 2020 das kleinere Nachbarland mit türkischer Unterstützung überfiel. Drohnen werden in den Bergen Südkurdistans, das heißt dem Nordirak, von der Türkei eingesetzt. Auch Nordsyrien wird regelmäßig von türkischen Drohnen bombardiert. Dabei werden regelmäßig Zivilisten und Zivilisten getötet. Sie sind keine Kollateralschäden!«



Foto: THOMAS TOBLER

Jenny Meyer erinnerte eindringlich mit einer Presseinformation des IPPNW Deutschland an die aktuellen Gefahren, die sich aus schweren Versäumnissen bezüglich der Regularien zu atomarer Abrüstung aus der Vergangenheit ergeben. Unter anderem wird beklagt: »Anlässlich des Internationalen Tags gegen Atomtests (29. August 2022) kritisiert die ärztliche Friedensorganisation IPPNW die Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrags. Nach vier Wochen Verhandlungen in New York hatten diese keinen Konsens über künftige Abrüstungsvereinbarungen gefunden. Schlußendlich war es Rußland, das formell die Passage über den Betrieb des Atomkraftwerks Saporischschja blockierte. Zuvor hatten sich die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten jedoch gegen andere wichtige Vereinbarungen gesperrt.«

THOMAS TOBLER

Vorwärts in den Untergang

Olaf sägt und schwitzt,
An dem Ast auf dem er sitzt.
Auf dem Ast, dem großen runden,
Haben Millionen Platz gefunden.
Stürzt der Ast durch seine Sägerei,
Ist's auch mit dem Volk vorbei.

Gläubige hör ich wimmern:
»Laßt uns eine Arche zimmern.«
Viele aber murren leis:
»Bitte Olaf, laß den Scheiß!«
Mutige hör ich schreien:
»Du ziehst uns in den Abgrund rein.«

Doch schon hör ich den Friedrich quäken:
»Olaf du mußt schneller sägen!«
Strack-Zack, die Zimmermann,
Schließt sich diesem Bunde an.
Die Friedensgrünen, welche Schande,
Gehören auch zur Säger Bande.

Dem Unheil steuert ihr entgegen,
Durch euer unentwegtes Sägen.
Nur Meister Bartsch von den Linken,
Kann am Sägen gar nichts finden.
Das sagen auch die Blauen,
Doch auf die will keiner bauen.

RAINER KROBOTH

Dokumentiert:

Fragen an Ex-Bürgermeister

Eberswalde (bbp). Der Hauptausschuß der Stadt Eberswalde formulierte im Juli drei Frage Schwerpunkte, deren Beantwortung durch den ehemaligen Bürgermeister Friedhelm Boginski zur Hauptausschußsitzung am 22. September von den Stadtverordneten erwartet wird. Ob Boginski der Einladung folgt, wurde noch nicht bestätigt:

1. Schwärzeblick – Abläufe und Verkauf an den 1. Investor und den 2. Investor

– Welchen Einfluß haben Sie als damaliger Bürgermeister genommen?

– Wie hat die Verwaltung hier agiert?

– Weshalb wurde der Verkauf an den 2. Investor so schnell abgewickelt (es liegen Informationen vor, daß bereits einen Tag nach Bestätigung des städtebaulichen Vertrages -Schwärzeblick- durch die Stadtverordnetenversammlung der Notartermin stattfand)

– Nach vorliegenden Informationen wurde das Objekt im Vorfeld der Stadt angeboten – dieses Angebot hat die Stadtverordneten nicht erreicht – weshalb nicht?

– Ist der Stadt dadurch ein Schaden entstanden und wenn ja, in welcher Höhe

2. Trennung der Tätigkeit als Bürgermeister von der Kandidatur für den Bundestag

– Sie sind mehrfach durch Abgeordnete aber auch vom Rechtsamt zur Notwendigkeit der Trennung der Tätigkeit als Bürgermeister von Ihrer Kandidatur im Wahlkampf aufmerksam gemacht worden. Wußten Sie, welche Möglichkeiten es für Sie gibt, um eine saubere Trennung zu sichern?

– E-Mails aus Ihrem Wahlkampf wurden auf Ihre E-Mail-Adresse als Bürgermeister gesandt und durch Ihre damalige Sekretärin verwaltet.

· Inwieweit sind diese Arbeiten, die durch die Stadt bezahlten Mitarbeiterin, in deren Freizeit erfolgt?

· Haben Sie weitere Mitarbeiter der Verwaltung in Ihren Wahlkampf einbezogen?

3. Es gibt Vorwürfe, wonach in früheren Fällen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung unter Druck gesetzt worden sein sollen, um sie von wahrheitsgemäßen Zeugenaussagen abzuhalten.

– Dieser Vorwurf ist gegen Sie als ehemaliger Bürgermeister und durch Sie beauftragte leitende Mitarbeiter gerichtet. Wollen Sie dazu Stellung nehmen?

Ähnliche Fragen wurden auch für den Stadtverordnetenvorsitzenden MARTIN HOECK formuliert, der neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit in der StVV als Wahlkampfmanager für Boginski tätig war und aktuell in dessen Bundestagsbüro angestellt ist. Hier könne eine Befangenheit vermutet werden. Hoeck soll nun den Hauptausschußmitgliedern Auskunft geben, wie er damit umgegangen ist. Auch können ihm »gewisse Verknüpfungen nicht entgangen sein«, die sich aus dem Wahlkampf und der parallel weiterlaufenden dienstlichen Tätigkeit des Bürgermeisters ergeben haben. Auch zu den Vorwürfen, Boginski habe Verwaltungsmitarbeiter unter Druck gesetzt, bittet der Hauptausschuß Auskunft vom StVV-Vorsitzenden.

B167neu und Radstreifen im Fokus

Initiativen der Fraktion die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Die kommunalpolitische Sommerpause hat unsere Fraktion genutzt, um auf Grundlage unserer Forderungen im Wahlkampf 2019 einige Beschlußvorlagen zu erarbeiten.

Dazu gehört die Forderung, daß die Stadtverordnetenversammlung ihre positive Stellungnahme für die sogenannte Ortsumfahrung B167neu vom 22. März 2018 zurücknimmt und sich für eine Entlastungsstraße auf der Grundlage des Eberswalder Schwungs bzw. der Planungen gemäß Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2008 ausspricht.

Die Planungen zur B167neu beruhen auf schwerwiegenden Falschberechnungen des Nutzen-Kosten-Verhältnisses (NKV), wie das Landesamt im Anhörungsverfahren zum Planfeststellungsverfahren Anfang 2020 feststellte. Der meiste Verkehr ist innerstädtisch oder hat Eberswalde als Ziel- oder Quellpunkt. Die geplante Nordtrasse stellt daher kaum eine Entlastung für den innerstädtischen Verkehr dar. Hier würden die im VEP 2008 vorgeschlagenen Entlastungsstraßen mehr Nutzen bringen und wären zugleich deutlich preiswerter, da die Straßen zum Teil bereits vorhanden sind und nur noch verbunden werden müssen. Das würde zudem den Landschaftsverbrauch verringern und damit die Natur und Umwelt schonen und dem Klimaschutz dienen.

Warum Land und Bund an der teuersten und ungünstigsten Variante festhalten, steht im Kleingedruckten des Erläuterungsberichts zum Raumordnungsverfahren für den zweiten Bauabschnitt: »Die geplante B 167 ist im betreffenden Bereich Bestandteil des Militärstraßennetzes (MSGN)...« Damit wird die Straße und somit auch Eberswalde selbst im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zu einem strategischen Ziel!

Nach der im September thematisierten B167neu werden wir uns im Oktober einem damit zusammenhängenden Problem widmen: Der Verkehrsführung in der Heegermühler

Straße zwischen Schöpfurter und Boldtstraße. 2016 war dort die vierspurige Straße auf jeweils eine Richtungsfahrspur eingeeengt worden, um einen Fahrradschutzstreifen auf dem Asphalt zu markieren. Ursprünglich war dies geplant, wenn infolge einer Umgehungsstraße weniger Fahrzeuge die Heegermühler Straße nutzen. Eine solche Entlastung gibt es bis heute nicht.

Das damals erfolgreich durchgeführte Bürgerbegehren hatte der Landkreis für unzulässig erklärt. Die Klage dagegen liegt seit mehr als drei Jahren beim Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder. Viele Radfahrer nutzen weiterhin die Gehwege als sicherere Alternative zum Radstreifen auf der Straße. Für den Fahrzeugverkehr einschließlich der Buslinien ergaben sich durch die Reduzierung der Fahrspuren erhebliches Chaos und ein gestiegenes Unfallrisiko. Wir schlagen den Stadtverordneten vor, sich die Forderungen des Bürgerbegehrens zu eigen zu machen, um endlich eine für alle akzeptable Lösung zu erreichen.

Perspektivisch favorisieren wir eine innerstädtische Verkehrsentlastung durch Lückenschließungen im bereits vorhandenen Straßennetz (z.B. Lichtenfelder Weg).

Zu Befürchtungen von Kleingärtnern in Westend, daß ihre Gärten dem aktuellen Bauboom zum Opfer fallen könnten, hat sich unsere Fraktion mit einer Anfrage an die Baudezernentin gewandt. Laut der inzwischen vorliegenden Antwort sind diese Befürchtungen unbegründet.

Nach dem Beispiel anderer Städte sollte auch die Stadt Eberswalde gegen die einseitige Umlegung der infolge der Bundespolitik steigenden Energiekosten auf die Verbraucher mobilisieren.

OSKAR DIETTERLE

Eberswalder ZukunftsRat:

Empfehlungen für die Stadtentwicklung

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde ist eine der sieben brandenburgischen Kommunen, die im Landeswettbewerb »Meine Stadt der Zukunft« als Modellstadt ausgewählt wurden, um neue Formen der Bürgerbeteiligung mit Hinblick auf die kommunalen Zukunftsfragen und –themen zu erproben. Neben der Beteiligungsplattform eberswalde2035.de initiierte die Stadt Eberswalde im November 2021 den sogenannten Zukunftsrat. 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden per Zufall ausgewählt und widmeten sich seither in sieben Sitzungen selbsternannten Zukunftsthemen und -fragen zur Eberswalder Stadtentwicklung.

Im Juni tagte der ZukunftsRat zum letzten Mal und einigte sich auf konkrete Empfehlungen, die er für die künftige Stadtentwicklung

Eberswaldes als besonders wichtig erachtet. Der Prozeß wurde moderiert durch das NEXUS INSTITUT aus Berlin.

In der ersten Sitzung einigte man sich auf die Themen Wohnen und Wachstum, Mobilität und Verkehr, Städtebau und Klima sowie die Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. In fünf Sitzungen wurden diese Belange schwerpunktmäßig diskutiert und vertieft. Im Ergebnis entstanden 39 konkrete thematische Empfehlungen für ein lebenswertes Eberswalde 2035+.

Der Prozeß und die Ergebnisse wurden am 7. September in Form eines Bürgergutachtens bekanntgegeben und schließlich an die Stadtverordneten, die Stadtverwaltung und Öffentlichkeit überreicht.

10-Minuten-Takt der Bernauer S-Bahn

Die Gemeindefraktion von BVB/Freie Wähler Panketal begrüßt den dringend notwendigen Fortschritt im Bereich der Planung zur Realisierung des 10-Minuten-Taktes der S2. Zugleich sind wir irritiert über das Verhalten der SPD Panketal rund um Bürgermeister Wonke. Seit Jahren hat er bei jeder Gelegenheit erklärt, man brauche ein durchgehendes zweites Gleis, um den 10-Minuten-Takt einzuführen und versucht nun, dies abzustreiten, was angesichts der Faktenlage nicht gelingt.

Panketal braucht den 10-Minuten-Takt dringend und dieser ist im Vergleich mit anderen Außenästen der Berliner S-Bahn auch vergleichsweise leicht realisierbar. Es wäre wünschenswert, wenn die SPD-Panketal und der Bürgermeister endlich sichtbar gemeinsam mit allen demokratischen Kräften an einem Strang ziehen. Das Vorhaben ist ein überparteiliches Interesse und es ist nicht hilfreich, wenn die lokale SPD die parteipolitische Konfrontation über die Sachfrage und die Kompetenzen von gestandenen Eisenbahnexperten in Frage stellt. Zumal sowohl Landesregierung als auch Bahn mehrfach klargestellt haben, daß ein durchgängiges zweites Gleis nicht nötig ist. Die Bahnhöfe Zepernick und Berlin-Buch reichen als Punkte, an denen sich zwei Züge begegnen

können, auch für den 10-Minuten-Takt auf einem Gleis problemlos aus. Das ist seit Jahren bekannt, sonst hätten auch die jüngsten eingleisigen Brückenbauarbeiten im Hinblick auf die Einführung des 10-Minuten-Taktes überhaupt keinen Sinn gemacht.

Zudem gab es im August 2019 einen Beschluß der Gemeindevertretung Panketal, mit dem die Einführung des 10-Minuten-Taktes als gemeinsames politisches Ziel formuliert wurde. Hierfür sollte sich der Bürgermeister bei der Landesregierung entsprechend einsetzen. Wir hätten uns bei dem wichtigen Thema ein größeres Engagement unseres Bürgermeisters gewünscht. Gerade die Einwohner Zepernicks verlangen von uns ein entschlossenes Handeln. Tausende Pendler und vor allem junge Menschen erwarten eine Verbesserung der Bahnanbindung.

Es ist eine gute Sache, daß keine Zweigleisigkeit gebraucht wird. Also sollte man die Maßnahmen einleiten, die machbar und finanzierbar sind. Es ziehen immer mehr an einem Strang, da ist es nicht hilfreich, wenn ausgerechnet der Bürgermeister der Gemeinde am anderen Ende zerrt. Dies bringt die Sache nicht voran.

CLEMENS HERRMANN

Workshop zum Mobilitätskonzept

Bernau (prest-ber/bbp-ff). Rund vierzig Bürgerinnen und Bürger besuchten am 6. September den Bernauer Workshop zum Mobilitätskonzept, zu dem die Stadtverwaltung und das Planungsbüro SVU Dresden in die Erich-Wünsch-Halle eingeladen hatten.

Eine »Lenkungsgruppe« besprach seit Jahresbeginn konkrete Verbesserungen des Bernauer Verkehrssystems, jedoch fehlen bislang Festlegungen zu konkreten Maßnahmen für das Mobilitätskonzept 2030. So befand man es besser, die Bürger um ihre Sicht auf das Bernauer Mobilitätsgeschehen zu befragen, um konkrete Anregungen und Ideen zu erhalten. Allein der Stadtverordnetenbeschuß zum Leitbild im Februar reichte dazu nicht aus.

Beim Workshop gaben Baudezernent JÜRGEN JANKOWIAK und die Verkehrsplaner aus Dresden thematisch die Einführung vor. Danach waren die Gäste an der Reihe und brachten sich ein. Einzelne Teilnehmer zeigten Unverständnis über die Vielzahl derzeitiger temporärer Straßensperrungen. Einer großen Umgehungsstraße erteilte eine ältere Dame eine Absage, denn »wir müssen das Grün erhalten«. Ob das berufstätige, staugeplagte Eltern, die auf Auto angewiesen sind, genauso sehen, bleibt offen. Weshalb nun jede Bushaltestelle »kostspielig barrierefrei umgebaut« werden muß, erschließt sich dem fitten Fünfzigjährigen kaum, wohl aber der etwa gleichaltrigen Verkehrsteilnehmerin im Rollstuhl. Die Gesprächsrunden zeigten so überaus verschiedene Ansprüche an die Mobilität. Überhaupt sind bestimmte Knotenpunkte, Verkehrsberuhigungen oder auch der Radverkehr ein immer wiederkehrendes

Thema, aber meist erst, wenn allgemeine Forderungen konkret gemacht werden, also der Bürger anfassen kann, was geschieht.

Der Baudezernent mißt dem Workshop genau deshalb große Bedeutung zu: »Natürlich kann ich Veränderungen und Verbesserungen im Mobilitätsbereich vom Reißbrett aus vornehmen. Aber ich brauche auch die Sicht der Verkehrsteilnehmer, denn das Mobilitätsverhalten ist sehr stark von individueller und situationsbedingter Wahrnehmung geprägt, von erlernten Denkweisen und von Gewohnheiten. Auch wenn Mobilität meist als etwas Technisches gesehen wird, gehört der Faktor Mensch unbedingt dazu – und das ist auch gut so.«

Die Mitarbeiter werden sich die von den Workshop-Teilnehmern beschriebenen Verkehrssituationen vor Ort anschauen und arbeiten die vorgebrachten Aspekte in ihre Maßnahmenempfehlungen mit ein. »Am Ende geht es darum, daß wir bei der Mobilität in Bernau möglichst alle mitnehmen. Natürlich werden nicht alle Maßnahmen gleich positiv bewertet, natürlich gibt es viele verschiedene Interessen, viele Sichtweisen und Schattierungen. Aber, um im Bild zu bleiben: schlußendlich werden Lösungen gefunden und es wird ein bestimmter Farbton herauskommen, der die Bernauer Mobilität im positiven Sinne unverwechselbar macht«, gibt SVU-Geschäftsführer TOBIAS SCHÖNEFELD einen Ausblick auf die kommenden Jahre.

Eisensäuerling reaktivieren

Eberswalde (b90/bbp). Nach einer Beschlußvorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll die Eberswalder Stadtverwaltung gebeten werden, die notwendigen Voraussetzungen für eine Wiederinbetriebnahme der Trinkwasserzapfstelle im »Eisensäuerling« auf dem Marktplatz zu prüfen.

Zur Umgestaltung des Marktplatzes wurde zu Beginn der 2000er Jahre ein Wettbewerb durchgeführt, führt die Fraktion zur Begründung an. Zu den Ergebnissen zählte damals das Imbißgebäude »Eisensäuerling«. Die Namenswahl »Eisensäuerling« erfolgte auf Grund eines historischen Bezugs zu dem in Eberswalde einst abgefüllten Mineralwassers gleichen Namens. An der südlichen Fassade des Imbißgebäudes bestand die Möglichkeit zum Zapfen von Trinkwasser, um diesen historischen Bezug erlebbarer zu gestalten. Doch seit längerem ist diese Zapfstelle außer Betrieb.

Unter den Vorschlägen im Rahmen des Bürgerbudgets 2023 befinden sich drei Vorschläge, die Trinkwasserzapfstellen zum Inhalt haben. Alle Vorschläge wurden wegen zu hoher Kosten nicht für die Abstimmung zugelassen.

Da die technischen Voraussetzungen im »Eisensäuerling« mit der Errichtung des Gebäudes bereits geschaffen wurden, sollte aktuell geprüft werden, welche Kosten für die Reaktivierung und den anschließenden Unterhalt erforderlich sind. Das Ergebnis der Prüfung, so die Fraktionsvorsitzende Karen Oehler, könnte als Entscheidungsgrundlage für die Wiederinbetriebnahme der Trinkwasserzapfstelle dienen.

Neue Pläne für den Kiez



Gratifik.: PATZSCHE & SCHWIBEL

Die visualisierten Vorstellungen der Projektentwickler für das EKZ »Heidewald« und das »Specht«-Grundstück im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde.

Eberswalde (bbp). Im vergangenen Jahr wurde gemeldet, daß sowohl die »Specht«-Ruine als auch das Einkaufszentrum »Heidewald« mit dem türkischstämmigen Geschäftsmann Sahin Sanli einen neuen Eigentümer haben. In der Sitzung des städtischen Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) stellte sich nun als neuer Projektträger die BECHTOLSHEIM REAL ESTATE vor.

Das inhabergeführte Immobilienunternehmen der Brüder Philipp und Matthias von Bechtolsheim investiert seit über 20 Jahren BRD-weit »in Entwicklungsprojekte in diversen Bereichen«.

Welt Alzheimer-Tag

»Demenz – verbunden bleiben«

Die »Woche der Demenz« vom 19.-25. September rund um den »Welt Alzheimertag« am 21. September findet in diesem Jahr unter dem Motto »Demenz – verbunden bleiben« statt. Damit will man besonders Angehörige für auffällige Verhaltensmuster sensibilisieren, die auf den Beginn dieser Erkrankung hinweisen und gleichzeitig die besonderen Bedürfnisse von Demenzerkrankten in den Fokus rücken.

Die Diagnose Demenz bedeutet keinesfalls soziale Isolation. Unser Ziel ist es, Betroffenen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen. Hobbies nachgehen, im Freundeskreis aktiv bleiben oder sich in Vereinen oder in der Gemeinde einbringen. All das ist möglich, wenn man mehr Verständnis für diese Erkrankung aufbringt und Betroffene entsprechend miteinbezieht und unterstützt. Um Demenzerkrankten mehr Lebensqualität zu ermöglichen, setzen die Alloheim Seniorenresidenzen auf breitgefächerte Ansätze und Konzepte (vgl. BBP 10/2021).

Wir unterstützen Betroffene und ihre Angehörigen langfristig und bieten umfassende Informationen und Hilfen an. Der Diagnose »Demenz« können wir viel entgegensetzen. Sehr wichtig ist dabei aber auch, daß man sich frühzeitig professionell beraten läßt.

ANGELA MATTHES

CETA-Aktionstage

Das Handels- und Investitionsschutzabkommen CETA zwischen der BRD und Kanada steht wieder auf der politischen Agenda. Am 21. September jährt sich die vorläufige Anwendung von Vertragsbestandteilen des CETA-Abkommens zum fünften Mal. Für die Industrie ist dies ein Anlaß zu feiern, wir sagen: StopCETA!

Die Ampelparteien haben angekündigt, CETA nach der Sommerpause durch den Bundestag zu bringen. Die weltweiten ökologischen und sozialen Krisen verschärfen sich – nicht zuletzt wegen einer rücksichtslosen Außenwirtschafts- und Investitionspolitik. Das ist so nicht hinnehmbar, denn CETA ist eine Bedrohung für Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, bäuerliche Landwirtschaft, Sozialstandards und soziale Daseinsvorsorge sowie Kultureinrichtungen in Deutschland als auch Kanada. In Kanada bedroht das Abkommen zudem die Lebensgrundlagen und Rechte indigener Communities.

Mit der vollständigen Ratifizierung von CETA tritt die Paralleljustiz mit Sonderklagerichten für Konzerne in Kraft. Das ist brandgefährlich und unverantwortlich! Konzerne können damit Schutzgesetze für die Beschäftigten oder das Klima verhindern, verwässern oder an horrende Schadensersatzzahlungen koppeln, weil diese ihre erhofften Profite schmälern.

THOMAS TOBLER

(weitere Infos: www.gerechter-welthandel.org)

Wasserknappheit in Brandenburg

Panketal (bvb/bbp). Mit einem »fulminanten Abschluß«, wie es in der Pressemitteilung der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler heißt, endete am 6. September in Panketal die Infotour der Fraktion zum Thema »Wasserversorgung – Geht uns das Wasser aus«. Mehr als 85 Interessierte hörten sich den Fachvortrag von PÉTER VIDA an und diskutierten über die aktuelle Situation in Brandenburg und Panketal.

Zunächst hatte die Fraktion neun Termine im ganzen Land organisiert – mit Schwerpunkt auf Orten, die mit Wassermangel zu kämpfen haben. Aufgrund des großen Erfolges der Infotour und zahlreicher Rückmeldungen von Bürgern wurde die Tour kurzerhand um einen Termin in Panketal erweitert. Trotz Sommerferien und Hitze kamen in Summe mehr als 600 Personen zu den Veranstaltungen und brachten sich auch mit eigenen Ideen und Einschätzungen ein. Diese werden auch in die kommenden Anträge der Landtagsfraktion zu diesem Themengebiet einfließen, so die Mitteilung.

Der zuständige Landtagsabgeordnete PHILIP ZESCHMANN, der neun Veranstaltungen vor Ort durchgeführt hat, ist sehr zufrieden mit der Veranstaltungsreihe und zieht ein positives Fazit: »Das Timing der Kampagne war ungeplant hervorragend gewählt. Beim ersten Termin Anfang August in Grünheide ächzte das ganze Land bereits unter großer Hitze und einer immer schlimmer werdenden Dürre. Die Pegelstände sanken, Flüsse und Bäche trockneten weiter aus und machten das Thema auch für Laien greifbar und verständlich.« Die Wasserspiegel vieler grundwassergespeisten Seen im ganzen Land sinken seit vielen Jahren. In anderen Regionen wie zum Beispiel in den Gemeinden des Wasserverbandes Strausberg-Erkner spitzt sich die Lage durch anhaltenden Zuzug und große Industrieansiedlungen, wie zuletzt die Tesla Gigafactory, immer mehr zu.

Die Landesregierung dürfe das Problem nicht auch noch durch weitere Verknappung und erzwungene Rationierung wie mit dem geplanten Klimaabschlag verschärfen, meint Zeschmann. Sie müsse es vielmehr organisatorisch und technisch angehen. »Dazu müssen landesweite Erkundung und Nutzung unerschlossener Wasserressourcen stattfinden. Es braucht ein landesweites Wassermanagements mit dem Ziel, auch einen Wasseraustausch zwischen den Wasserversorgern mit viel Wasserreserven und denen mit bereits bestehender Überbeanspruchung der Wasserdarangebote zu ermöglichen und natürlich auch eine bessere Zusammenarbeit mit allen Wasserversorgern und dem Land Berlin.« Auch eine effizientere Nutzung des Wassers könnte finanziell gefördert werden, wie der Einsatz von Regenwasser statt Trinkwasser für Gartenbewässerung und Toilettenspülung. Die Industrie müsse verpflichtet werden, wo immer möglich von Entsorgung auf Aufbereitung und Wasserkreislauf umzustellen. Die Städte und Gemeinden müssen finanziell in die Lage versetzt wer-

den, mehr Rückhaltebecken und andere Gegebenheiten zum Auffangen von Starkregen und zu dessen Versickerung vor Ort bauen zu können, damit das Absinken der Grundwasserspiegel möglichst gestoppt werden kann.

Die kürzlich veröffentlichte Idee von Ministerpräsident Dietmar Woidke, Wasser-Pipelines in das Berliner Umland zu legen, um der Wasserknappheit zu begegnen, sei weder neu, noch könne es »über die fehlende Wasserstrategie des Landes hinwegtäuschen, die sich seit nunmehr rund zweieinhalb Jahren darin äußerte, das sich der eigentliche zuständige Minister Vogel (Grüne) für nicht zuständig erklärte«. Obwohl der Landtag erst im vergangenen Jahr die Landesregierung aufforderte ein tragfähiges Wasserkonzept vorzulegen, wurden keine Maßnahmen auf den Weg gebracht und insbesondere eine Gesamtverantwortung für die Siedlungswasserwirtschaft abgelehnt. »Das bedeutet, daß auch für die mittel- bis langfristige Sicherstellung unsere aller Trinkwasserversorgung sich nicht zuständig fühlt!« so Zeschmann. Immer mehr Wasserverbände in Brandenburg schlugen immer häufiger und drastischer Alarm. Doch die Verantwortlichen im Land wollten bisher nicht reagieren. Sie schieben das Probleme immer wieder zurück auf die Kommunen, anstatt ihre Gesamtverantwortung zu übernehmen und zu handeln.

Ankündigungen bringen keinen zusätzlichen Tropfen Wasser in die von Knappheit und Dürre bedrohten Gebiete. Auch Maßnahmen, wie das Bewässerungsverbot in Panketal, für das der örtliche SPD-Bürgermeister breite Medienaufmerksamkeit bekam, lösen das Problem nicht, sondern verschieben es nur.

»Der große Erfolg der Infotour hat gezeigt, daß das Thema den Leuten wirklich unter den Nägeln brennt und sie sich Sorgen machen. Wenn Wasser rationiert werden muß, weil Regierungen ihre Hausaufgaben nicht machen und leichtfertig das Problem auf den Klimawandel schieben, ist das ein zivilisatorischer Rückschritt«, ist der Fraktionsvorsitzende Péter Vida überzeugt.

Gerade weil die Situation sich in der letzten Jahren verschärft habe und die Wasserknappheit vermutlich noch zunehmen wird, ist es an der Zeit, endlich zu handeln und die vorhandenen Vorschläge umzusetzen. Die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler hat deshalb zum September bereits zwei Anträge zur Stabilisierung des Grundwasserspiegels eingereicht. »Wenn es der Koalition aus SPD, CDU und Grünen ernst ist, sollten die Anträge nicht wie üblich abgelehnt, sondern beschlossen werden«, so Vida. »Damit in einigen Jahren vielleicht auch die Wasser-Pipelines das lebensnotwendige Naß in das Berliner Umland pumpen können.«

Gib dem Frieden keine Chance

Nach den jüngsten Geländegewinnen der ukrainischen Armee im Raum Charkow wurde die hiesige Kriegshysterie noch einen Gang höher geschaltet. Während die russische Seite von einem geplanten und geordneten Rückzug spricht, jubelt die ukrainische Seite über den glorreichen Sieg.



Nun lehrt die 5000jährige Kriegsgeschichte vor allem, daß im Krieg beide Seiten lügen. Für die »westliche Wertegemeinschaft« sind natürlich bloß die russischen Darstellungen Fakenews.

So werden auch hier die ukrainischen Siege bejubelt und zum Anlaß genommen, nun endlich sämtliche Zurückhaltung bei der Lieferung von Kriegswaffen aufzugeben. Weil sich doch gezeigt habe, daß die Ukraine den Krieg mit den West-Waffen vielleicht sogar noch in diesem Jahr gewinnen könne. Der Siegfrieden ist sicher. Die deutsche Regierung müsse bloß endlich auch Kampfpanzer liefern.

Freilich müßte dann auch das ausgebildete Personal samt logistischer Infrastruktur für Nachschub und Instandsetzung mitgeliefert werden. Bei den HIMARS-Raketenwerfern wird das wohl schon praktiziert – aber das ist natürlich bloß Russenpropaganda, die dabei auf die vielen englisch- und polnischsprachigen Söldner auf ukrainischer Seite verweist.

Während auf dem Youtube-Kanal des ukrainischen Hromadske-TV* in einem am 15.9. ver-

öffentlichten Bericht aus Isjum ein ukrainischer Nationalgardist mit dem Rufnamen »Viking« davon spricht, daß seine Einheit »jetzt zusammen mit der Nationalen Polizei der Ukraine eine Razzia bei allen Kollaborateuren« durchführt, um alle zu identifizieren, »die keine Zeit hatten, zu fliehen«, präsentierte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski nach dem Butscha-Vorbild ein Schreckensszenario mit gefundenen Massengräbern. Auf den dazu gezeigten Bildern sieht man dann Gräber in einem Wald, jedes einzelne mit einem Holzkreuz versehen, teilweise mit Namen samt Geburts- und Todesdatum. Im März hatte es bei der Eroberung von Isjum durch die russische Armee schwere Kämpfe gegeben, gewiß auch mit vielen zivilen Opfern. Das in den Weltordnungskriegen der USA geschöpfte Wort »Kollateralschäden« findet hier natürlich keine Verwendung. Denn zweifelsfrei hat das ja laut Selenskij »die russische Besatzung angerichtet«.

Am 16. September berichteten die russischen Nachrichtenticker über Terroranschlä-

ge, denen in Lugansk der Generalstaatsanwalt und seine Stellvertreterin und in Berdjansk der Stellvertretende Bürgermeister und seine Frau zum Opfer fielen. Außerdem gab es Raketenangriffe auf Verwaltungsgebäude in Cherson. Eine konzertierte Aktion zur bewußten Ausschaltung ziviler Führungskräfte in den russisch besetzten Gebieten könnte vermutet werden. Zeitgleich mehren sich in russischen Medien Wortmeldungen, die eine Intensivierung der »Spezialoperation« hin zu einem ernsthaft geführten Krieg fordern, bei dem auf die bisherige relative Schonung der ukrainischen Infrastruktur verzichtet wird. Die russische »Sonderoperation« wick hierin von der Praxis der westlichen Weltordnungskriege in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen etc. deutlich ab. Erste Beispiele, wie so eine geänderte Strategie funktionieren kann, zeigte die zeitweise Lahmlegung der Stromversorgung in weiten Teilen der Ukraine durch gezielte Angriffe auf Wärmekraftwerke sowie der Angriff auf einen Staudamm bei Kriwoj Rog, der allerdings eher dem taktischen Ziel diene, den ukrainischen Brückenkopf östlich des Inгуlez im Gebiet Cherson vom Nachschub abzuschneiden.

Insofern beobachten wir überall bloß Eskalationen. Alle Seiten setzen auf den bedingungslosen Siegfrieden. Verhandlungen als Lösung erscheinen unmöglich. Das allgemeine Motto lautet: »Give Peace No Chance«.

GERD MARKMANN

* hromadske.tv wurde 2013 gegründet. Laut eigenem Finanzbericht des Senders stammten Ende 2013 rund 60 % seiner finanziellen Mittel von den Botschaften der USA und der Niederlande in Kiew sowie der International Renaissance Foundation von George Soros. Die BRD-Botschaft beteiligte sich im Jahre 2015 mit 89.298 € und 2016 mit 79.428 € am Sender. 2019 war die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit einer der Spender. (de.wikipedia.org/wiki/Hromadske.tv – abgerufen am 16.09.2022)

8. Mai-Gedenken strafrechtlich verfolgt Ist das »Z« strafbar?

Eberswalde (bbp). Am 8. Mai, dem »Tag der Befreiung«, hatte der Eberswalder Bürgermeister GÖTZ HERRMANN zu 9 Uhr zum alljährlichen Gedenken am Sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße eingeladen. Eine Stunde später hatten die Eberswalder Linken eine Veranstaltung am Ehrenmal angemeldet.

ECKHARD L. wollte wie in jedem Jahr teilnehmen und war bereits gegen 8.30 Uhr am Ehrenmal. Und wie immer hatte er Transparente dabei. Noch vor dem offiziellen Beginn der Gedenkveranstaltung machten ihn anwesende Polizisten darauf aufmerksam, daß in diesem Jahr irgendwelche als politisch zu deutende Bekundungen nicht erlaubt seien. Daraufhin packte L. seine Plakate wieder ein.

Zwei Monate später mußte er erstaunt feststellen, daß ihn jemand angezeigt hatte und die Polizei gegen ihn ermittelte. Vorgeworfen wird ihm ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, weil er angeblich als Veranstalter oder Leiter eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug ohne Anmeldung durchgeführt habe. Das wird laut Versammlungsgesetz § 26 mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Inzwischen gab die Polizei das Verfahren an die Staatsanwaltschaft ab. Der Beschuldigte rechnet mit der Einstellung des Verfahrens, denn er wollte ja nur an der Veranstaltung, zu welcher der Bürgermeister eingeladen hatte, teilnehmen. Den Vorwurf, eine nicht angemeldete Versammlung durchgeführt zu haben, findet L. völlig absurd.

Allerdings waren in diesem Jahr im Umfeld zum Tag der Befreiung anderswo ähnlich absurde Vorgänge zu beobachten. So ging die Polizei in Berlin rigide sogar gegen mitgeführte rote Fahnen vor, während massiv gezeigte Ukraine-Flaggen widerspruchslos akzeptiert wurden.

Ein Blick in die Paragraphen bestätigt das entgegen den offiziellen Verkündigungen nicht. Grundlage für die angedrohte Bestrafung ist § 140 des Strafgesetzbuches (StGB), der das Billigen bestimmter Delikte unter Strafe stellt. Möglich seien demnach bis zu drei Jahren Haft oder eine Geldstrafe. Entsprechende Anklagen samt Kontensperrungen gibt es schon. Korrekt ist, das Billigen bestimmter Delikte steht unter Strafe. So steht es im § 140 StGB. Dort sind diese Delikte konkret benannt. So ist die »Nichtanzeige geplanter Straftaten« nach § 138 erfaßt, darunter »eines Verbrechens der Aggression (§ 13 des Völkerstrafgesetzbuches), ... zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann«. Nach § 140 kann also ggf. jemand belangt werden, der vor dem 24.2.22 von der »Spezialoperation« wußte und den russischen Angriff mittels Anzeige hätte verhindern können. (gm)

Eindrücke aus Lwiw

Spende aus Panketal an Krankenhaus

Der am 19. August in Berlin gestartete Hilfsgütertransport kam nach drei Tagen wieder in Berlin an. Die beiden ehrenamtlichen Fahrer DIETRICH RUDORFF und SVEN OLIVER BROSCHE konnten im Auftrag der Caritas-Klinik Dominikus medizinischen Bedarf und andere Grundversorgungsmittel in das Sheptytsky-Krankenhaus in Lwiw (Lwow, dt./öst.: Lemberg – bbp) übergeben. Darunter waren u.a. ein Hochfrequenzchirurgiegerät, Arzneimittel, Babynahrung und Hygienematerial. Zur Finanzierung trug auch die erneute Zuwendung von 2.000 € des Kunstbrücke Panketal e.V. bei.



Foto: MARTIN JENKE

Dietrich Rudorff, bereits zum dritten Mal dabei, berichtet: »Gebraucht wird aufgrund der humanitären Situation einfach alles. In Lwiw und Umland gibt es circa 240.000 Flüchtlinge (im eigenen Land, d.h. aus dem Osten). Das kirchliche Sheptytsky-Krankenhaus fährt mit mobilen Ärzteteams durch Stadt und Umland, um die Menschen medizinisch zu versorgen. Hierbei verteilt das Krankenhaus-Team auch nichtmedizinische Güter wie Babynahrung, Windeln, Schokolade, Waschmittel, Klopapier etc., d.h. Dinge des täglichen Lebensbedarfs, die dem Krankenhaus gespendet wurden. Die Versorgungslage an derlei Gütern ist noch nicht prekär, aber zuweilen knapp. Eine andere Frage ist natürlich auch die finanzielle Möglichkeit der Menschen. Lwiw entwickelt sich aufgrund der Schwächung des Ostens und Kiews zum wirtschaftlichen Zentrum und großen Anlaufpunkt in der Ukraine. Die Versorgungslage ist hier gut und das Sheptytsky-Krankenhaus verbringt medizinische Güter weiter in Richtung Osten. Etwa die Hälfte aller Gewerbe in der Ukraine arbeiten nicht mehr. Auch der Finanzmarkt bricht zusammen, da Kredite nicht mehr bedient werden können. Die humanitäre Hilfe aus Deutschland wird als sehr umfangreich wertgeschätzt im Gegensatz zu den Waffenlieferungen der Bundesregierung. Am Rathaus in Lwiw sind zerstörte russische Panzer ausgestellt als Mahnung gegen den Krieg. Insgesamt wird die Situation nicht einfacher, die Ukraine wird zunehmend und nachhaltig geschwächt. Umso wichtiger ist jede erdenkliche Hilfe unsererseits. Mit einer längeren Dauer des Krieges muß gerechnet werden. Die nächste Fahrt in die Ukraine ist für Oktober geplant.«

Der Verein »Kunstbrücke Panketal e.V.« wird in seinen Bemühungen nicht nachlassen, Hilfe für die zivilen Opfer des Krieges zu organisieren. Infos: www.ukrainehilfe-panketal.de.
THORSTEN WIRTH, Ukrainehilfe Panketal

Nicht nur in der Ukraine:

Antirussischer Kulturkampf

von Hartmut Lindner

Ein Bericht im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung (SZ, 20.7.2022) über die Wiedereröffnung der Kiewer Oper, die zunächst wegen der Corona-Pandemie, dann wegen der russischen Angriffe auf Kiew geschlossen worden war, ist den Schwierigkeiten gewidmet, die sich dem Opernmanagement stellen, dessen Ensemble in der Zwischenzeit in der ganzen Welt verstreut war. Manche Künstler hatten in der Westukraine Schutz gesucht, andere hatten Engagements in Westeuropa oder gar in den USA angenommen. Viele waren auch zum Militär eingezogen worden.

Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Raum Kiew konnte kürzlich wenigstens ein Wochenendbetrieb der Oper wieder aufgenommen werden, obwohl Kiew nicht vor russischen Raketenangriffen sicher ist. Das Publikum reagierte auf die Wiedereröffnung der Oper positiv. Binnen weniger Stunden waren die im Netz angebotenen Karten ausverkauft.

Die Kiewer Oper, die im Zarenreich eröffnet worden war, war bis vor kurzem »ein Tempel russischer Klassik, von Tschaikowsky über Rimsky-Korsakow zu Mussorgski«, heißt es im SZ-Bericht. Damit ist jetzt Schluß. Jede russische Oper oder Symphonie wurde aus dem Programm gestrichen. Man wendet sich jetzt der ukrainischen Nationalkultur oder der italienischen Oper zu.

Der Chefregisseur Solovianenko sagte der SZ: »In einer Zeit, in der wir gegen die Russen um unsere Existenz kämpfen, ist es ausgeschlossen, daß wir russische Kunst auf die Bühne bringen... Das ist auch kein Befehl der Regierung, sondern die Überzeugung unseres ganzen Kollektivs.«

Im Juni beschloß das ukrainische Parlament ein Einfuhrverbot russischer Bücher, das der ukrainische Kulturminister gegenüber dem Redakteur der SZ verteidigte. Ende Mai hatte die Sonderberichterstatterin der UN für kulturelle Rechte, ALEXANDRA XANTHAKI, nicht nur die

Zerstörung ukrainischer Kulturgüter durch russische Streitkräfte kritisiert, sondern die Streichung russischer Musikwerke in der Ukraine als »fortlaufende Dehumanisierung« bezeichnet.

Doch der Kulturkampf tobt nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Warschau. Hier nahm die Nationaloper »als Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk« Mussorgskis Oper »Boris Godunow« aus dem Spielplan. In den USA strichen Orchester im »ganzen Land die sonst zum 4. Juli aufgeführte Feier-Ouvertüre 1812, die Tschaikowsky zum Abzug der Armee Napoleons aus Moskau komponierte.«

Wir kennen ja die Polemik, der ANNA NETREBKO und andere Kulturschaffende mit russischem Paß und russischer Herkunft in Deutschland ausgesetzt waren oder noch sind. Besonders verheerend aber ist der Abbruch aller Beziehungen zu den russischen Museen und Kultureinrichtungen und des wissenschaftlichen und akademischen Austauschs. Die davon unmittelbar Betroffenen sind nun wirklich nicht die Kriegstreiber und Profiteure großrussischer Allmachtsphantasien.

Der Verzicht auf Kulturaustausch, dessen Zerschlagung, sind Akte der Barbarei. Georg Herwegh kommentierte seinerzeit den nationalen Wahn sehr treffend: »Nationalität trennt, Freiheit verbindet!«

Annalena und die Kriegsmüdigkeit

ANNALENA BAERBOCK – offiziell Außenministerin der BRD-Regierung, faktisch aber eher als Kriegsministerin tätig – warnte am 25. Mai ausdrücklich vor »Kriegsmüdigkeit«.

Aha! Die BRD, für die Annalena ja spricht, befindet sich also im Krieg. Wie sonst könnte die Menschen in eine »Kriegsmüdigkeit« fallen?

Ja klar, die BRD beteiligt sich mindestens seit der ersten rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder an völkerrechtswidrigen Kriegen und sonstigen »Kampfeinsätzen«. Der 20jährige Krieg in Afghanistan endete im vorigen Jahr mit einem schmachvollen Rückzug. In Mali steht selbiger noch bevor. Doch davon sprach Baerbock nicht. Sie bezog sich in ihrer Rede auf den Krieg in der Ukraine.

Noch gibt es keine direkte Beteiligung an diesem Krieg, wengleich mit der Lieferung schwerer Waffen ein wichtiger Schritt in Richtung direkter Kriegsbeteiligung gemacht wurde und damit auch eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Rußland mit der Gefahr eines dritten Weltkrieges, der zur thermodynamischen Weltvernichtung führt, zur realen Möglichkeit werden läßt.

Wenn Annalena Baerbock vor »Kriegsmüdigkeit« warnt, dann befindet zumindest sie sich schon im Krieg mit Rußland. Dann heißt das, daß die bündnisgrüne Ministerin zur atomaren Vernichtung unserer Welt aufruft. Ein Fall für die Anwendung von Grundgesetzartikel 20.

GERDA HENKEL

»DIE ARBEITER RUßLANDS UND DEUTSCHLANDS IN EINER GEMEINSCHAFT ... WÜRDEN ZUSAMMEN DER HOFFUNGSFREUDIGSTEN UND EINER HEUTE NOCH NICHT AUSZUDENKEND GLÜCKLICHEN ZUKUNFT ENTGEGENGEHEN.«

WILHELM PIECK: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, S. 380

Wie Kriege gemacht werden

Am 27. August informierte Dr. STEFAN BOLLINGER auf Einladung der RotFuchs-Regionalgruppe Bernau und Umgebung beim Stadtmauertreff in Bernau zu seinem Buch »1939 – wie der Krieg gemacht wurde und Deutschland die Welt in den Abgrund stürzen durfte«. Eine Schrift gegen die seit längerem praktizierte Umdeutung von europäischer Geschichte. Gegen Umcodierungen, vorgenommen von heute agierendem Politikpersonal und willfähigen Historikern zur Formierung einer Art »Volksgemeinschaft« im jetzigen Kalten Krieg. Ein Statement gegen Geschichtsvergessenheit und für eine unbedingte Bildungsoffensive. Aus dem »Nie wieder Faschismus«, muß sich für die heutige Konfliktbewältigung zwischen Staaten die Herausforderung ableiten, die Ursachen für heutige Staatskonflikte aufzudecken.

Dr. Bollinger wies als Erkenntnishilfe auf die von Prof. ANNE MORELLI destillierten »10 Regeln der Kriegspropaganda« hin. Jede Zeit, jede Gesellschaftsordnung, jedes Machtkonstrukt, sucht und findet seine Sprache, seine Begriffe, sein Selbstverständnis. Deshalb ist auch zu fragen, was Bilder in den Medien transportieren sollen, welche Emotionen befördert werden. Welcher Geist da geistert.

Einmal Augsburg und zurück

Bayrisches Benefizkonzert mit Panketaler Nachwuchsmusikern

Am 9. Juli fand am Nachmittag im Augsburger Zeughaus-Musiksaal ein bemerkenswertes Benefizkonzert zugunsten der Ukraine statt: 21 Schüler von fünf Lehrern, drei Klavierlehrer und ein Sänger gaben 47 Stücke der Komponistin Nataliya Frenzel zum Besten. Von Miniaturen für Anfänger bis hin zu komplexeren Stücken war unter den 47 aufgeführten Stücken alles dabei.

Die umtriebige Komponistin Frenzel wohnt seit 1999 in Augsburg, wo sie u.a. als freischaffende Klavierpädagogin tätig ist. Geboren wurde die vielseitige Künstlerin und Dozentin in Kirovograd (Ukraine).

Mit dabei waren auch die drei Panketaler Musikschüler Mischa Roditelev (10 Jahre), Tinka Ebeling (14) und Elli Beyreuther (18). Gemeinsam mit ihrer Klavierlehrerin Elena Münster, die als Klavierpädagogin, Pianistin und Kirchenmusikerin tätig ist, reisten die drei eigens für das Benefizkonzert nach Augsburg.

Die anstrengende Fahrt in die Metropolregion mit der drittgrößten Stadt Bayerns (die Wecker klingelten um 5.30 Uhr) überstanden die vier gut. Vom Bahnhof aus ging es auch gleich zum Zeughaus, wo die Barnimer Gäste von der Komponistin Nataliya Frenzel in Empfang genommen wurden.

Die 21 jungen Musikschaffenden boten den zahlreichen Konzertbesuchern ein abwechslungsreiches Programm: Von flotten Tangos bis melancholische Stücken war alles dabei und

Unser Bezug zur Bewußtmachung geschichtlicher Lasten ist Bernau bei Berlin. Ein Ort, wo 1939 an der Reichsführerschule der von Hitler gewünschte Anlaß für den Fall Weiß, der Angriff auf Polen, vorbereitet wurde. Die Reichsführerschule unterstand dem Chef der Gestapo Reinhard Heydrich, dem SS-Führer, der mit seinen Einsatzgruppen des SD den Vernichtungsfeldzug in Polen begann und ihn dann in der Sowjetunion fortsetzte.

Hier im damaligen Kreis Niederbarnim residierten Josef Goebbels und Hermann Göring, dessen Legion Condor in Spanien ab 1936 den Franco-Faschisten beistanden, die demokratisch gewählte spanische Republik zu vernichten. Hier wurden wie anderswo Zwangsarbeiter und Häftlinge in der Rüstungsindustrie ausgebeutet. Damals war Oranienburg und das dort befindliche KZ Sachsenhausen Teil des Kreises Niederbarnim.

Bollinger nimmt darauf nicht Bezug, da dies nicht sein Buchthema war, doch er regt an, diese Rückblicke immer wieder zu erneuern, um das »einmal gesagte immer wieder zu sagen« wie Bertolt Brecht einst schrieb.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE
RotFuchs Bernau und Umgebung



Nataliya Frenzel, Tinka Ebeling, Elli Beyreuther, Mischa Roditelev, Elena Münster (v.l.n.r.)

begeisterte die Zuhörer. So vergingen zwei Stunden wie im Fluge. Auch für die Beteiligten wurde dieses Konzert zu einem unvergeßlichen musikalischen Nachmittag.

Natürlich fand sich auch die Zeit, die Stadt Augsburg etwas näher kennenzulernen. Im Leopold-Mozart-Haus informierten sich die vier Barnimer über das Leben und Wirken des Vaters von Wolfgang Amadeus Mozart, der im 18. Jahrhundert in diesem Haus geboren wurde. Auch Kirchen und Parks wurden durchstreift und der Blick auf die zahlreichen typischen schmalen Häusern mit ihren spitz zulauenden Dächern hinterließ bleibende Eindrücke bei den Gästen. »Augsburg ist eine wunderschöne Stadt und wir kommen gerne wieder her!« stellten die Musiker aus dem Barnim unisono fest.

ELENA MÜNSTER

Asyl im Sydower Feld

Biesenthal (bbp). In Biesenthal im Sydower Feld öffnet im Oktober eine neue Unterkunft für Geflüchtete. Am 13. September informierten die Kreisverwaltung, die Stadt Biesenthal sowie die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal über den Start der neuen Gemeinschaftsunterkunft.

»Wir unterstützen hier Menschen, die auf der Flucht und auf der Suche nach einer neuen Heimat sind.« Mit diesem klaren Statement begrüßte RALF KLINGHAMMER, Leiter des Bereichs Migration der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal, die rund 50 Nachbarn am Sydower Feld 3a, wo ab Oktober 60 geflüchtete Menschen einziehen sollen.

Das Gebäude wurde bis vor einem Jahr von den Hoffnungstaler Werkstätten als Förder- und Beschäftigungsbereich genutzt und ab April zur Gemeinschaftsunterkunft entsprechend den Standards des Landes Brandenburg umgebaut. Entstanden sind Wohnungen unterschiedlicher Größe, Gemeinschaftsräume, Küchen und Sanitärräume. Hintergrund dieser Maßnahme ist der bestehende Bedarf für Unterkunftsplätze im Landkreis Barnim, um die Zuweisungen durch das Land Brandenburg bedienen zu können. Die soziale Betreuung übernimmt die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal.

Das Sydower Feld verfügt über eine gute Infrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten sowie eine fußläufig erreichbare Bahnanbindung nach Eberswalde, Bernau und Berlin. »Wichtig ist für uns, daß wir in guter Nachbarschaft leben«, betont Klinghammer. Immerhin sei es ein besonderer Ort, wo schon lange das Miteinander von ganz verschiedenen Menschen gelebt wird. Damit seien viele Chancen der Integration verbunden. Die Nachbarn zeigten Interesse und Bereitschaft, sich zu engagieren, beispielsweise in gemeinsamen Freizeitaktionen.

Biesenthals Bürgermeister CARSTEN BRUCH sagte Unterstützung zu. »Die Stadt hält mit den neu ausgebauten Kitaplätzen und freien Kapazitäten an der Grundschule sowie den differenzierten Einkaufsmöglichkeiten in der Stadt und den vielfältigen Sport- und Freizeitvereinen eine gute Infrastruktur vor«, so Bruch. »Die geflüchteten Menschen aus allen Nationen sind bei uns Willkommen und wir wünschen uns eine gute Integration in Biesenthal. Dazu will die Stadt einen Beitrag leisten und freut sich über eine gute Willkommenskultur durch die Bürgerinnen und Bürger.«

Die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal bringt langjährige Erfahrungen mit. Einschließlich der neuen Unterkunft werden von ihr 200 geflüchtete Menschen betreut. Die Stiftung verspricht, darauf zu achten, daß die Unterkünfte überschaubare Wohnangebote bieten und eher familiären Charakter haben. Man werde den Menschen Sozial- und Bildungsangebote unterbreiten, wie Sprachkurse. Vor Ort sind ein 24-Stunden Sicherheitsdienst sowie Sozialarbeiter, die den Menschen zur Seite stehen und auch ein offenes Ohr für Fragen und Anregungen der Nachbarinnen und Nachbarn haben.

Ganzheitliche Ernährung (20)

In diesem Artikel zeige ich Ihnen, daß ein starker Zusammenhang zwischen einer guten Verdauung und einer gesunden Ernährung besteht. Unser Magen-Darm-Trakt reagiert umgehend, wenn er nicht gut behandelt wird. Wer wünscht sich nicht, lange zu leben und sich dabei aber auch immer wohl im eigenen Körper zu fühlen?

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, Magen und Darm gut zu behandeln. Wie bereits in den Teilen 14 und 15 dargelegt, sitzen nach neuesten Erkenntnissen 70 bis 80 Prozent des Immunsystems im Darm. In aller Regel ist unser Immunsystem bei gesunden Menschen erfolgreich. Um gesund zu sein, bedarf es einer ausgewogenen Ernährung.

Wenn es dem Bauch nicht gut geht, leiden wir oftmals an Bauchkrämpfen, Verstopfung, Völlegefühl oder auch an Durchfall. Viele Menschen leiden auch an einem sogenannten Reizdarm oder einem Reizmagen, weitere Krankheiten können Reflux oder Morbus Crohn sein oder auch Zöliakie oder Nahrungsmittelintoleranzen. Die genannten Beschwerden kennen natürlich sehr viele Menschen und machen uns hin und wieder zu schaffen. Wenn wir diese Beschwerden allerdings sehr häufig haben, dann sollten wir die »Notbremse« ziehen und unsere Ernährung anpassen. Oftmals lassen sich diese Beschwerden mittels einer Ernährungsumstellung rasch wieder lindern. Die Wissenschaft liefert viele Belege dafür, daß eine gesunde Ernährung vielen Beschwerden und Krankheiten vorbeugt.

So gibt es im Volksmund die Meinung, daß die Liebe durch den Magen geht. Aber Ärger und Streß machen unserer Verdauung auch zu schaffen. Zwischen dem Darm und dem Gehirn besteht eine enge Verbindung. So kommen im Darm und im Gehirn dieselben Typen von Nervenzellen vor. Alle Neurotransmitter, die es im Gehirn gibt (z.B. Dopamin, Serotonin) strömen auch durch den Darm. Gehirn und Darm stehen im andauernden Austausch von Informationen und das ist auch zwingend notwendig. Wenn wir etwas für uns Giftiges gegessen haben, dann informiert der Darm das Gehirn darüber und das Gehirn leitet daraufhin z.B. Erbrechen oder Durchfall ein.

Die Menschheit hat sich bis vor wenigen Jahrzehnten überwiegend mit naturbelassener Ernährung versorgt. Aber in den letzten Jahrzehnten haben sich unsere Ernährungsgewohnheiten drastisch verändert. Wir ernten oft nicht mehr selber, sondern wir versorgen uns überwiegend mit Fertignahrungsmitteln aus dem Supermarkt. Darauf hat sich unser Magen-Darm-Trakt bisher nicht eingestellt.

Im nächsten Teil erfahren Sie mehr zum Thema Verdauung und Stoffwechsel. Die Verdauung beginnt in der Mundhöhle. Ganz am Schluß steht der Dickdarm.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Eine fast ausgestorbene Forschungsrichtung:

Optimale Stoppregeln

von Dr. Ulrich Pofahl

Es ist aus heutiger Sicht kaum vorstellbar, daß es sowohl in der DDR als auch in der BRD einmal eine Forschungsrichtung gab, die sich mit dem Stoppen von stochastischen Prozessen beschäftigte. Dieses etwas kompliziert ausgedrückte Verfahren kann man sich recht einfach anhand eines Gedankenexperiments veranschaulichen. Es ist unter dem Namen Heiratsproblem oder Wahl der besten Sekretärin bekannt.

Dabei begutachtet ein Auswählender nacheinander in Frage kommende Kandidaten, bewertet deren Eigenschaften, die zufällig sind, und bricht diesen Vorgang ab, wenn ein geeigneter Kandidat gefunden ist. Er stoppt diesen Prozeß. Die entscheidende Nebenbedingung dabei, es ist bei der Auswahl der Kandidaten kein Rückgriff möglich, d.h. auch wenn Kandidat 3 besser war als Kandidat 5, darf er nicht mehr ausgewählt werden. Nun kann der Auswählende nicht beliebig viele Kandidaten begutachten, der Prozeß muß irgendwo enden. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß sich ab einer gewissen Anzahl von Kandidaten sich deren Eigenschaften nicht verbessern. Bei welchem Kandidaten soll nun die Begutachtung abgebrochen werden?

Was hier an einem Gedankenmodell demonstriert wurde, ist für uns täglich zu beobachten und zu entscheiden. Wann soll man Aktien kaufen oder verkaufen? Wann soll ich mit dem PKW eine Tankstelle ansteuern, um zu tanken, weil das Benzin gerade preiswert ist, obwohl der Kraftstoffbehälter noch halb voll ist? Soll man einen Vertrag zur Lieferung von Elektroenergie abschließen, der zwar teurer ist, aber zwei Jahre Preisbindung garantiert?

Antworten auf solche Fragen sollten nun optimale Stoppregeln geben, nach der die Mathematiker forschten. So gegen Ende der DDR gelang es den Mathematikern an der TU Dresden unter der Leitung von P. H. MÜLLER, einige bemerkenswerte Ergebnisse zu veröffentlichen. Speziell für das Problem »Wahl der besten Sekretärin« sind Lösungen angeboten und veröffentlicht worden. Ebenso für weitere Probleme, wie bei der Sequentialanalyse, die zur statistischen Qualitätskontrolle gehört, konnten Lösungen gefunden werden. Bei der Lösung des Problems zur Verfolgung eines beweglichen Zieles gab es ebenfalls Lösungen, beispielsweise durch Kalman Filter.

Auch sowjetische Wissenschaftler leisteten hervorragende Beiträge zur Lösung dieses Problems. Sie haben, wie auch die DDR-Wissenschaftler, das Problem theoretisch aufgefaßt, aber die DDR-Wissenschaftler gingen weiter und schufen, im Gegensatz zu ihren sowjetischen Berufskollegen, auch Möglichkeiten, diese theoretischen Kenntnisse in numerische Algorithmen umzusetzen. In der DDR bestand das Ziel, diese theoretischen Grundlagen in die

Praxis zu überführen und sie damit im Leben der Menschen überhaupt wirksam werden zu lassen. Während mit der gewonnenen theoretischen Erkenntnis das Problem für die sowjetischen Wissenschaftler erledigt war, forschten die DDR Wissenschaftler an der numerischen Realisierung und deren rechentechnischen Umsetzung weiter.

Mit dem Anschluß der DDR an die BRD ergaben sich bezüglich der Anwendung von optimalen Stoppregeln erweiterte Fragestellungen. Speziell sogenannte Alltagsprobleme dominieren nun die Forschungen, die nicht immer an Universitäten durchgeführt worden sind. Bezüglich der Erfolge trat aber genau das Gegenteil ein, die Forschungen stagnierten aus mehreren Gründen.

Ein Grund dafür ist vielleicht die Eigenschaft – stochastisch – in der Problemstellung, die oft übersehen wird. Die Anwendung stochastischer Prozesse setzt voraus, daß man die Wahrscheinlichkeitsverteilung des eingetretenen Ereignisses kennt. Das ist aber bei vielen Problemen nicht der Fall. Schaut man sich beispielsweise die Gewinnerwartung beim Lottospiel an, so kann man ausrechnen, wie groß die Wahrscheinlichkeit eines Hauptgewinns ist – man hat die vollständige Information. Andererseits beurteilen viele Lottospieler die nicht vollständigen Informationen. Es wird beispielsweise in der Presse von einem Lottogewinn in der Nachbarschaft berichtet oder man bewertet in seiner Umgebung oder in kurzer Vergangenheit eingetretene Lottogewinne, also man realisiert gewissermaßen seinen eigenen Blick auf das Problem. Damit sind natürlich die optimalen Stoppregeln für stochastische Prozesse in solchen Fällen unbrauchbar. Wäre das nicht der Fall, so stünden beispielsweise in der Finanzbranche jedem diese optimalen Stoppregeln zur Verfügung, und alle Marktakteure würden gleich handeln. Damit würde im Grenzfall auf dem Finanzmarkt jegliche Aktivität erlöschen.

Die Mathematiker haben die Forschung zu diesem Thema fast eingestellt. Was es noch an Forschungen zu dem oben genannten Thema gibt, ist keine Mathematik mehr. Es gibt Chartanalysten, die vorhersagen, wann eine Aktie zu verkaufen ist, oder es werden deskriptive Statistiken ausgewertet mit dem Ziel, daß, wenn in der Vergangenheit gewisse Bewertungen eingetreten sind, diese auch zukünftig erscheinen. Solche Vorgehensweisen sind legitim, aber sie sagen mit Sicherheit nicht die Zukunft und schon gar keine Extremereignisse voraus.

**Barnimer Bürgerpost
abonnieren!**

Stadtklima analysiert

Eberswalde (bbp-jg). Am 14. Juni stellte im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) das Ingenieurbüro Burghardt und Partner (BPI) aus Kassel die Ergebnisse ihrer Studie vor, die unter verschiedenen Aspekten die klimatischen Besonderheiten des Stadtgebietes beleuchtet.

Präsentiert wurden im wesentlichen verschiedene farbige Karten, in denen die Kaltluftschneisen, die Wärmeinseln, mögliche Wasseransammlungen sowie die Bewertung des lokalen Mikroklimas sichtbar wurden. Mit der Klimaanalyse erhält die Stadt ein Instrument für zukünftige Bauentscheidungen und die Grünflächenentwicklung.

Im Großen und Ganzen dominiert im Stadtgebiet ein Mischklima zur bewaldeten Umgebung bzw. ein vorstädtisches Klima. Lediglich die Bahnhofsvorstadt mit der Eisenbahnstraße als Hauptachse und die Altstadt rund um den Markt weisen städtisches Klima auf, mit einzelnen Hotspots für Innenstadtklima. Diese Hotspots korrelieren auch mit den Wärmeinseln, die im Sommer der Gefahr starker Überhitzung ausgesetzt sind, wie das Altstadtcarree, die Rathauspassage, das Rathaus, Teile der Breiten Straße, das Paul-Wunderlich-Haus, die Weinbergstraße und rund um das Volksbankgebäude. Dort wird es besonders warm.

In diesen Wärmeblock ragt als grüne und kühle Zunge der Park am Weidendamm hinein

und auch die Friedrich-Ebert-Straße im Bereich der Wiese ist noch relativ moderat bezüglich Erwärmung. Insgesamt kann man feststellen, daß von einer großen Kaltluftschneise nur wenige Stadtteile betroffen sind. Am kältesten ist es im Bereich Finowkanal von Osten her kommend, dann den Schwärzelauf entlang.

Freie Wiesen- und Brachflächen verstärken den Kühleffekt in der Nacht, so zum Beispiel die Wiesen und Kleingärten südlich der Gropiusklinik, nordwestlich des Leibnizviertels, die Kleingärten an der Schwärze in Höhe Forßmann-Krankenhaus sowie die Drehnitzwiese und das Wiesengebiet nördlich der Eberswalder Straße, westlich der alten Papierfabrik. In den höher gelegenen Stadtteilen zeigen sich nur wenig Kaltlufteffekte, beispielsweise im Brandenburgischen Viertel und in Finow, aber auch in Ost- und Südend, wo der Unterschied beim Abstieg ins kalte Finowkanaltal besonders ausgeprägt ist.

Wenig überraschend, hängt ein städtisches und zur Überhitzung neigendes Klima eng mit einer dichten Bebauung zusammen. Eberswal-

de hat allerdings den Vorteil, daß es auch bei dichter Bebauung, mit Ausnahme des Bereiches rund um den Markt, noch große grüne Innenhofbereiche gibt, die einen ausgleichenden Effekt bewirken. Kleinere städtische Klimainseln gibt es noch im Bereich der Schöpffurter Straße, der Ringstraße sowie in Finow rund um die Heinrich-Rau-Straße. Daß sich die großen Industriehallen wie die des Raw, des Kranbaus und des Walzwerkes stark aufheizen, versteht sich von selbst.

Bei Starkregenereignissen wurden einige Gebiete in der Stadt lokalisiert, die besonders betroffen sind, sogenannte Bluespots. In den Wäldern rund um Eberswalde finden sich viele solcher Punkte, die natürlich viel weniger Eintrachtigungen verursachen als beispielsweise der Bluespot in der Ruhlaer Straße. Weitere Wassersammelpunkte befinden sich in den Höfen der Pfeilstraße, nördlich der Friedrich-Ebert-Straße (Weinberggraben) sowie nördlich des Leibnizviertels. Überlaufteffekte gibt es bei Starkregen im Bereich des unteren Drehnitzfließes bis hin zur Eberswalder Straße. Mit Starkregenproblemen hat auch fast die gesamte Clara-Zetkin-Siedlung zu kämpfen sowie Teile des Technologie- und Gewerbestraßens nördlich des Oder-Havel-Kanals.

Die Präsentation der Stadtklimaanalyse kann im Eberswalder Bürgerinformationssystem (über www.eberswalde.de) heruntergeladen werden.

Wenn der Fluß stirbt

Wir zerstören gerade einen der letzten naturnahen Flüsse Deutschlands – die Oder

Die Oder ist ein ganz besonderer Fluß, der 500 km ohne Barriere zur Ostsee fließen kann, an dem große Teile der Aue erhalten sind, weshalb der einzige Auennationalpark Deutschlands entstehen konnte. Ein Fluß, in dem Wanderfische und Arten, die zum Laichen in den Flüssen aufsteigen, noch ein- und auswandern können. Viele Arten, die vom Aussterben bedroht oder andernorts schon ausgestorben sind, kommen in der Oder noch vor. All das macht sie so einzigartig und schützenswert.

Am ersten Sonntag im September kamen überall an den Ufern der Oder Menschen zusammen und machten gemeinsam Musik. Auch die Barnimer Bündnisgrünen folgten dem Aufruf des Kienitzer BUND-Infopunktes. Gemeinsam mit Menschen aus Lunow-Stolzenhagen trafen wir uns dort, um ein Zeichen für den Schutz des Flusses zu setzen.

Das Fischsterben in der Oder sorgte landesweit für Entsetzen. Die Oder ist aber nicht erst seitdem in Gefahr. Nach Einschätzung von Christian Walter vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin droht ihr eine langfristig größere ökologische Katastrophe durch das 2015 zwischen der deutschen und polnischen Regierung vereinbarte Abkommen über die gemeinsame Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Auf der pol-

nischen Seite sind bereits Bauarbeiten im Gange. Auf Brandenburger Seite legte das grüngeführte Umweltministerium gegen die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung Widerspruch ein, bisher erfolglos.

»Wir Menschen zerstören gerade einen der letzten naturnahen Flüsse Deutschlands. Wenn der Fluß stirbt, hat das weitreichende negative Folgen für die Region!«, wird SARAH POLZER-STOREK vom grünen Kreisvorstand deutlich. Sie ist im Kreisverband Barnim seit letztem Jahr für die Oder-Thematik zuständig.

Mit dieser Haltung und ihrem Engagement ist sie nicht allein. Brandenburger Bündnisgrüne auf allen Ebenen, vom Kreis bis in das Europäische Parlament, unterstützen die Forderung nach einem Baustopp. Im vergangenen Jahr organisierten wir eine Sternfahrt Richtung Frankfurt/Oder, um auf die Bedrohung für den Fluß aufmerksam zu machen. Im Landtag hat die Oder für die bündnisgrüne Fraktion schon lange Priorität. In diesem Jahr widmete die Bündnisgrüne Europaabgeordnete Dr. HANNAH NEUMANN ihre Sommertour dem Fluß – mit dem vor der Katastrophe gewählten Motto »Oder an die Freude«.

Auch MICHAEL KELLNER, bündnisgrüner Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Uckermark/Barnim, war an die Oder gekommen. Schon im Wahlkampf setzte er das The-



Foto: SARAH POLZER-STOREK

ma ganz weit oben auf seine Agenda. »Der Fluß hat es bitter nötig sich zu erholen. Der Oder-Ausbau muß jetzt gestoppt werden! Dafür werden wir uns gemeinsam weiterhin stark machen.«, bekräftigte er. Kreissprecher SEBASTIAN GELLERT war kurzerhand mit seinem Projekt »Landmusik – Soundtrack to Sunset« aus Werneuchen angereist. Gemeinsam mit ortsansässigen Chören wurde trotz des ernststen Hintergrundes ausgelassen gesungen und getanzt.

Die permanenten Eingriffe des Menschen in funktionierende Ökosysteme müssen ein Ende haben. Nicht zuletzt solche apokalyptischen Ereignisse wie das Fischsterben in der Oder sind deutliche Warnzeichen, daß es Zeit ist zu handeln! Bündnis 90/Die Grünen Barnim werden weiterhin lautstark für den Schutz der Oder einstehen. Weitere Aktionen sind geplant.

SEBASTIAN GELLERT

Wirtschaftsförderung in Eberswalde:

Neue Investoren stehen nicht im Vordergrund

Eberswalde (bbp). Mit der Schließung des Eberswalder Standortes von Thyssen-Krupp 2021 gingen 80 hochwertige Arbeitsplätze verloren. Die Schließung von real in Finowfurt bedeutet circa 80 weitere wegfallende Jobs und durch die Insolvenzen von Finow Automotive und Kocks Ardelt Eberswalde droht die Freisetzung von rund 330 teils sehr hochwertig ausgebildeten und sehr gut bezahlten Arbeitskräften. Durch den Wegfall von Arbeitsplätzen drohen auch Wegzug und Kaufkraftverlust.

Der Standort Eberswalde wird nachhaltig geschwächt und die Arbeitslosenquote steigt. Um entsprechend freigesetzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten bzw. ihnen adäquate neue Jobs in der Stadt zu bieten, bedarf es entsprechend anderer potentieller Arbeitgeber. Diese sind aber nicht vorhanden.

Vor diesem Hintergrund wandte sich die Eberswalder Stadtfraktion von SPD|BFD in der Junisitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen mit einem umfangreichen Fragenkatalog (AF/0093/2022) an die Stadtverwaltung. Inzwischen liegen im Rahmen der Niederschrift die Antworten des Eberswalder Sozial- und Wirtschaftsdezernenten Prof. Dr. Jan König vor.

Zur Frage nach den Bemühungen der Stadtverwaltung zur Gewinnung neuer Investoren verweist der Dezernent auf die Beschäftigten-

zahlen der vergangenen zehn Jahre, in denen die Anzahl der Jobs in Eberswalde von etwa 16.500 auf 17.000 gestiegen ist. Zugleich wuchs die Anzahl der Eberswalder Beschäftigten von knapp 12.500 auf über 15.000 Beschäftigte, während die Arbeitslosenzahlen von knapp 3.700 auf knapp 2.200 gefallen sind. »Ein Stückweit konnten damit negative Ereignisse in diesem Zeitraum grundsätzlich kompensiert werden«, so Prof. König. Als positive Beispiele, die Beschäftigungsperspektiven bieten, nannte er die ODIG und das Bahnwerk. »Folglich ist es nicht immer notwendig, neue Investoren zu gewinnen, da sich auch vor Ort Perspektiven ergeben und zugleich bestehende Unternehmen weiter gefestigt werden. Zum Beispiel konnten an die ODIG Mitarbeiter von Thyssen Krupp vermittelt werden, um so die Fachkräfte in der Region zu halten.« Bei Kocks Ardelt laufen aktuell noch die Verhand-

lungen. Die Auftragsbücher sind voll, die Firma brauche aber eine Finanzierung. »In diesem Fall«, so der Dezernent, »ist die Insolvenz nicht gleichbedeutend mit dem Jobverlust, aber die Unsicherheit für die Mitarbeiter bleibt. Bei Finow Automotive verhält es sich derzeit ähnlich, auch hier läuft ein Insolvenzverfahren.«

Bei Thyssen Krupp, so König, gab es Kontakt zu einer Person, »die Interesse an einer gesamten Übernahme des Unternehmens zeigte«. Dieser müsse nun mit dem Eigentümer des Geländes verhandeln, denn Thyssen Krupp hatte die Halle nur gemietet. Die Stadt Eberswalde könne derzeit neuen Investoren keine fertigen Flächen anbieten. Einige Potentialflächen wurden auf Vorrat gekauft, um zukünftig Angebote unterbreiten zu können. »Wichtig ist es«, so der Dezernent, »die in Eberswalde ansässigen Firmen zu stabilisieren und zu halten.«

Zukunftsperspektive für Finow Rohrsysteme

Bürgermeister Götz Herrmann besucht das traditionsreiche Unternehmen, das seit August ukrainischen Geschäftsleuten gehört

Eberswalde (prest-ew). Hinter der Finow Rohrsysteme GmbH liegen schwierige Zeiten. Von den ehemals knapp über 100 Beschäftigten ist aktuell nur noch etwa die Hälfte im Unternehmen tätig. Das und vieles mehr soll sich bald verbessern.

Seit dem 1. August 2022 befindet sich die Fabrik unter neuem Management. VYACHESLAV ERKES und DMITRI BALAKIN sind zwei ukrainisch-stämmige Unternehmer, welche die Finow Rohrsysteme GmbH über ihre Schweizer Firma, die Techno-energy AG, erworben haben. Unter dem Namen TPBS Production produzierten sie in der Ukraine hochwertige



Foto: Florian Heilmann (Stadt Eberswalde)

Die neuen Geschäftsführer von Finow Rohrsysteme Vyacheslav Erkes und Dmitri Balakin.

Komponenten für den Kraftwerks-, Industrie- und Anlagenbau sowie für Offshore-Windkraftanlagen und Pipelines. Auf dem Gelände an der Angermünder Straße 101 soll die Produktion nun fortgesetzt werden, und zwar so schnell wie möglich. Dafür wollen die Unternehmer nicht nur mehrere Millionen Euro in die technische Ausstattung der Fabrik investieren, man sucht auch händeringend Fachkräfte aus der Region, die gemeinsam mit Spezialisten aus der Ukraine den Rohrbau am Standort in Eberswalde weiterentwickeln können. Mindestens 100 neue Arbeitsplätze will man schaffen. Eine weitere Herausforderung ist die Unterbringung der Spezialisten aus dem Ausland.

Die Stadt Eberswalde möchte dem Traditionsunternehmen Finow Rohrsysteme im Rahmen ihrer Möglichkeiten unter die Arme greifen. Bürgermeister Götz Herrmann sowie Wirtschafts- und Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König besuchten am 24. August 2022 die Fabrik nahe des Oder-Havel-Kanals.

»Die geplanten Investitionen des neuen Managements der Finow Rohrsysteme GmbH sind eine großartige Nachricht für Eberswalde. Nicht nur, daß damit die Bedeutung unserer Stadt als Industrie- und Produktionsstandort noch weiter wächst, die neuen Arbeitsplätze können darüber hinaus für viele Eberswalderinnen und Eberswalder eine unerhoffte, persönliche Perspektive sein«, so Bürgermeister Götz Herrmann.

Wirtschafts- und Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König fügte hinzu, daß die Stadt Eberswalde bei der Bewältigung der angesprochenen Herausforderungen in einer Vermittler- beziehungsweise Beraterfunktion tätig werden könnte. »Das Referat für Wirtschaftsförderung ist Ansprechpartner in Eberswalde für Unternehmen, wenn es um adäquate Förderprogramme oder Hilfestellungen in bürokratischen Fragen geht. Die Finow Rohrsysteme GmbH kann hier vom umfangreichen Netzwerk der Stadt Eberswalde profitieren. Insbesondere bei der Akquise oder Weiterbildung von Fachkräften können wir helfen, die richtigen Gesprächspartner zur richtigen Zeit zusammenzubringen.«

Man hat sich selbst hohe Ziele gesetzt. So soll die Produktion möglichst schnell an Fahrt aufnehmen, damit die ersten Güter bis Ende des Jahres verschifft werden können. Die entsprechenden Stellenangebote findet man unter www.finow.de. Auch Berufseinsteiger oder ehemalige Angestellte können sich gerne bei der Finow Rohrsysteme GmbH bewerben. Weiterbildungs- respektive Umschulungsangebote wurden in Aussicht gestellt.

Brandenburger Energiegipfel

Potsdam (bbp). Ministerpräsident Dietmar Woidke hat am 12. September mit den Spitzen von Energie- und energieintensiven Unternehmen, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften auf dem kurzfristig einberufenen »Brandenburger Energiegipfel – Industrie und Versorgung« über die aktuelle Lage und Handlungsszenarien für den kommenden Herbst und Winter beraten. Wie die Staatskanzlei mitteilt, sei beschlossen worden, daß ab 1. Oktober im Braunkohlekraftwerk Jämschwalde zwei 500-MW-Blöcke wieder in Betrieb genommen werden. Zugleich werde bei Bedarf ein zeitlich begrenzter Weiterbetrieb der verbliebenen drei deutschen Kernkraftwerke für notwendig erachtet, um die Versorgungssicherheit in der BRD aufrechtzuerhalten.

Neuer Geschäftsführer der WHG vorgestellt

WHG Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam verabschiedet sich nach insgesamt 9 Jahren zum 31. Dezember 2022 in den Ruhestand – sein Nachfolger ist Henrik Hundertmark. Bürgermeister Götz Herrmann stellte ihn am 17. August dem WHG-Team vor.

In seiner ersten Ansprache vor dem WHG-Team betonte Hundertmark die Wichtigkeit von erfolgreicher Zusammenarbeit im Team, dem Vertrauen in die Fachkompetenz der Mitarbeitenden der Fachbereiche sowie einer gemeinsamen Entwicklung zukunftsfähiger Visionen für die Herausforderungen der kommunalen Wohnungswirtschaft. In der sich anschließenden offenen Gesprächsatmosphäre nahm Henrik Hundertmark die Gelegenheit wahr, ins Gespräch mit den Mitarbeitenden zu kommen.

Hans Jürgen Adam dankte dem WHG-Team für das Vertrauen in all den Jahren. Vertrauen, so Adam, ist für einen Geschäftsführer die Grundlage für jeden Erfolg in einer Zusammenarbeit. Fast ein Jahrzehnt führte der Berliner Volljurist Hans-Jürgen Adam die Geschicke der stadteigenen WHG. Während dieser Zeit stand nicht nur die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben, sondern auch die Schaffung zukunfts- und marktgerechter Wohnformen im Fokus seines Schaffens. So fanden unter seiner Regie umfangreiche Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei der WHG ihre Fortsetzung. Beispielfhaft seien

hier die Michaelisgärten, das Bebel-Quartier oder jüngst der Erweiterungsbau der Grundschule Finow sowie das Carré Heegermühle angeführt. Die Leerstandsquote wurde in den neun Jahren seines Wirkens von nahezu 14% auf fast 7% halbiert. Auch die Flüchtlingskrise ab 2015, die Corona-Pandemie und aktuell die Auswirkungen des Ukraine-Krieges waren und sind große Herausforderungen, die die WHG unter seiner Führung gut meisterte.

Mit Henrik Hundertmark hat sich die WHG einen erfahrenen Teamplayer und Gestalter als Nachfolger für Hans-Jürgen Adam geholt. Die WHG ist für Henrik Hundertmark keine Unbekannte. Viele Jahre hatte er nach der Jahrtausendwende das Unternehmen in Finanzierungsfragen beraten. Henrik Hundertmark arbeitete zuletzt als Regionalleiter Berlin-Brandenburg der DKB mit Verantwortung für ca. 150 Mitarbeitende.

Mit seinem Wechsel in die kommunale Immobilienwirtschaft übernimmt er in Eberswalde bei der WHG die Verantwortung für einen Jahresumsatz von mehr als 32 Millionen Euro und mit einem Projektvolumen für Neubau & Sanierung der nächsten Jahre in Höhe von



Foto: Florian Heilmann (Stadt Eberswalde)

Der neue WHG-Geschäftsführer Henrik Hundertmark. Neben ihm Bürgermeister Götz Herrmann (l.) und der scheidende Geschäftsführer Hans Jürgen Adam (r.).

mehr als 40 Millionen Euro. Eberswalde ist eine wachsende Stadt mit einer ungebrochenen Nachfrage nach Wohnen, Leben & Arbeiten unweit unserer Hauptstadtmetropole.

Die Stadt Eberswalde ist alleiniger Gesellschafter der WHG mit ca. 5.800 Wohnungen in denen mehr als ein Viertel der Eberswalder Bevölkerung lebt. 80 Mitarbeitende & Auszubildende sind bei der WHG beschäftigt und kümmern sich um alle Belange rund um das Wohnen, Investieren, Bauen & Sanieren.

Henrik Hundertmark wird seine Tätigkeit am 1. Oktober 2022 beginnen und durch Hans-Jürgen Adam im 4. Quartal in das Unternehmen eingearbeitet.

DOREEN BODEN

Regionale Produkte

Bernau (best). In der Tourist-Information Bernau erhalten Besucherinnen und Besucher neuerdings eine Auswahl regional hergestellter Köstlichkeiten aus der Hussitenstadt und Umgebung. Ob Süßes, Deftiges oder Hochprozentiges – für fast jeden Geschmack ist etwas dabei. Das Team der Tourist-Information möchte die regional erzeugten Produkte auf diese Weise noch bekannter machen und zeigen, wie vielfältig das Angebot der Region ist.

Die Auswahl an Produkten aus Bernau, Biesenthal, Klosterfelde oder Werneuchen bietet bereits jetzt einen abwechslungsreichen Einblick in die Kulinarik der Region. Neben Bernauer Bieren werden Honig vom Bernauer Rathausdach, Senf, Fruchtaufstriche und verschiedenste Spirituosen angeboten. Die regionalen Produkte der Tourist-Information eignen sich ideal als Geschenk oder als schmackhaftes Mitbringsel aus Bernau. Künftig können sich die Besucherinnen und Besucher der Tourist-Information auch regionale Geschenkkörbe zusammenstellen lassen. »Wir freuen uns, daß wir schon jetzt eine Vielfalt an regionalen Produkten anbieten können. Bernau und das Barnimer Land haben in dieser Hinsicht viel zu bieten. Das Angebot in unserem kleinen Regionalladen werden wir in den nächsten Monaten kontinuierlich weiterentwickeln.«, so Nils Lönies, der Leiter der Tourist-Information bei der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH.

Seit der Wiedereröffnung nach Umbau am 1. Juni wird die Bernauer Tourist-Information

Jubelfeier in Niederfinow

Niederfinow (bbp-gm). In früheren Zeiten war der 7. Oktober ein beliebter Termin für die offizielle Übergabe von Großprojekten. Inzwischen trat der 3. Oktober als gesetzlicher Feiertag an die Stelle des Republikgeburtstages. Heute ist ein Feiertag natürlich vor allem ein arbeitsfreier Tag. Daher findet die offizielle Einweihung des neuen Schiffshebewerks in Niederfinow erst am Nachmittag des 4. Oktobers, beginnend ab 13.30 Uhr statt. Bis dahin wird auch der Bundesminister für Verkehr VOLKER WISSING den Weg bis nach Finowfurt schaffen.

Nach den offiziellen Reden soll es eine erste Hebung geben, umrahmt vom stimmungsvollen Swing der Bigband des Hauptzollamtes Berlin. Die Freigabe des neuen Hebewerks für den allgemeinen Schiffsverkehr ist für den Feiertag ab 6 Uhr vorgesehen.

Anlässlich der offiziellen Einweihung finden jedoch bereits über das Wochenende und den »Tag der deutschen Einheit« in der Zeit vom 1. bis zum 4. Oktober zahlreiche weitere Veranstaltungen statt, zu der die Öffentlichkeit herzlich eingeladen ist (schiffshebewerk-niederfinow.com/2022/09/09/programmvorschau/).

von der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH betrieben. Das hatten am 12. Mai die Bernauer Stadtverordneten mehrheitlich beschlossen. Die Eigengesellschaft der Stadt Bernau kümmert sich bereits um Stadtmarketing, Citymanagement und betreibt seit 2013 die benachbarte Galerie Bernau.

Enteignung

Das PCK Schwedt gehört mehrheitlich dem russischen Konzern Rosneft. Infolge der deutschen Rußlandsanktionen kann von einem normalen Gescsbetrieb keine Rede mehr sein. Kürzlich gab die BRD-Regierung bekannt, daß sie das PCK der Bundesnetzagentur in Treuhandverwaltung übergeben habe. Die Bundesnetzagentur ist eine Bundesbehörde, die dem von Robert Habeck geführten Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz untersteht. Zur faktischen Enteignung des russischen Konzerns sagte der Wirtschafts- und Energiepolitische Sprecher von BVB/Freie Wähler im Brandenburger Landtag Dr. PHILIP ZESCHMANN:

Wir begrüßen diese Entscheidung, das PCK unter Treuhandverwaltung zu stellen. Hierdurch bietet sich den Angestellten eine größere Sicherheit. Eine dauerhafte Garantie wird aber nur möglich sein, wenn auch die Arbeitsgrundlagen gewährleistet bleiben. Hierzu gehört eine Absage an den von der Bundesregierung geplanten Importstopp russischen Öls ab 2023. Dies kann sich das PCK, das kann sich Brandenburg nicht erlauben. Wir müssen erst grundlastfähige Versorgungssicherheit aus anderen Quellen schaffen, bevor derartige Sanktionen Sinn machen.

Des Weiteren muß die Bundesregierung nun nach dem Eigentümerwechsel mit der polnischen Regierung die Översorgung des PCK über den Hafen Danzig (Gdansk) und die entsprechenden Pipelines klären.

Ewald war ein mittelgroßer sportlicher Mann. Charakteristisch für ihn war sein kreisrundes Gesicht mit kräftiger Stirnglatze, eigentlich keine Werbung für den von ihm ausgeübten Beruf des Herrenfriseurs. Seine Besonderheiten lernte man erst kennen, wenn bei ihm Neukunde war. Wer beispielsweise vom Friseur Paul Glase in der August-Bebel-Straße zur PGH Friseure wechselte, war angenehm überrascht.

Die PGH hatte damals ihren Salon in der Eisenbahnstraße 38, das Haus existiert heute nicht mehr. Es stand genau an der Einfahrt zum heutigen Busbahnhof. Moderne Technik, so z.B. in der Höhe hydraulisch verstellbare Bediensitze, sowie neueste Technik bezüglich Heißluftduschen, Trockenhauben und bequeme Wartestühle bereicherten den Friseursalon. An vier Bedienplätzen schnitten Ewald und seine Kollegen im Herrensalon die Haare. Kunden wurden freundlich bedient, die Preise für die Dienstleistung lagen über denen, die beispielsweise ein Paul Glase verlangte, dafür wurde jedoch wirklich exzellente Qualität geboten.

Die Räume in der Eisenbahnstraße 38 waren niedrig. Bedingt durch Schneiden, Waschen, Fönen (also Heißluftduschen, wie es zur DDR-Zeit genannt wurde) mußten ständig die Fenster geöffnet werden. Wegen des ebenerdigen Bodens des Salons konnte der auf die Bedienung wartende Kunde die vorbeieilenden Werktagen des Raw beobachten.

Aber Ewald Spitzer wollte mehr. Er verlegte als PGH-Mitglied den Salon von der Eisenbahnstraße 38 in die Straße der Jugend 18 (heute Breite Straße). Dort gab es bessere Arbeitsbedingungen für ihn und seine Mitarbeiter. Der Salon in der Eisenbahnstraße wurde weiter von der PGH betrieben, bis Schließung und Abriß des Hauses folgten.

Der Name war Programm für Ewald Spitzer. Was Haarschnitte anbetraf, lieferte er Spitzenqualität. Davon zeugten auch der im Salon ausgegangene Meisterbrief und viele Auszeichnungen beim Leistungsvergleich der Friseure. Berufswettbewerbe organisierte er ebenfalls in

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 20): Ewald Spitzer *Handwerker fürs Köpfchen*

Im Eingangstext dieser Artikelserie (BBP 7-8/2020) wird darauf hingewiesen, daß hier über alternative Eberswalder Prominente aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts berichtet werden wird. Von dieser Regel soll hier einmal abgewichen werden, weil sich die Bekanntheit von Ewald Spitzer änderte, als Eberswalde Bestandteil der BRD wurde. Eine weitere Besonderheit, Ewald Spitzer war kein Eberswalder, er wohnte in Heckelberg, verbrachte aber sein Arbeitsleben in Eberswalde.

Eigeninitiative. Ein solches Verhalten wurde von Behörden und Staatsfunktionären mit Wohlwollen betrachtet. Ewald war einfach ein Meister seines Fachs. Im Salon war damals auch eine Frau Spitzer als Friseurin beschäftigt, die ebenfalls Qualitätsarbeit lieferte.

Ein so erfolgreicher Friseur wird dann auch bei zusätzlichen Aufgaben eingesetzt, so auch Ewald Spitzer. Er war wegen seiner Qualitätshaarschnitte auch noch Berufsschullehrer, und von ihm schwärmten die weiblichen Lehrlinge. Diese Berufsgruppe hat nun berufsbedingt einen besonders engen Körperkontakt zu den Kunden. Dadurch ist es in diesem Beruf angemessen, daß sich diese Frauen besonders hübsch machten, um auch so auf die Kunden angenehm zu wirken. Das führt dann auch zu Meinungen in der Bevölkerung, daß weiblichen Angehörigen des Berufsstandes Friseur eine besondere sexuelle Aktivität nachgesagt wird. Vielleicht wurden so Grundlagen für Ewalds späteres Verhalten geprägt.

Beruflich entwickelte er sich weiter. Er löste sich von der PGH und betrieb dann seinen eigenen Friseursalon. Auf dem Grundstück der heutigen Heegermühler Straße 18 (damals Ernst-Thälmann-Straße) mietete er einen Holzschuppen, den er in Eigeninitiative zu einem Friseurgeschäft ausbaute. Er meisterte das Genehmigungsverfahren und die Einigung mit dem Grundstückseigentümer, und entwickelte sein eigenes Konzept für einen Friseursalon im Stadtteil Westend, der dann auch bestens lief.

Aber auch außerhalb seiner handwerklichen Tätigkeit war Ewald recht beliebt. Er war Mitglied einer Freizeitsportgemeinschaft, und wie das so zur DDR Zeit üblich war, wurde nach dem Sport auch mal eine Gaststätte aufgesucht. Die Gaststätten wechselten mehrfach. Dort konnte er als cleverer Geschäftsmann nebenbei Beziehungen knüpfen. Auch in dieser Hinsicht war Ewald ein typischer DDR Bürger, er leistete Qualitätsarbeit und half Bekannten, wenn sie in eine Notlage kamen. Einem Freund stellte er sogar seine Wohnung für die Übernachtung eines Besuchers zur Verfügung, weil in Eberswalde kein Hotelzimmer zu bekommen war. Und – bedingt durch sein Organisations-talent – war es möglich, bei ihm auch Bückware zu beziehen. Unbestätigten Angaben zufolge waren bei ihm sogar die St. Pauli Nachrichten (ein billiges Sexblatt der 60er und 70er Jahre aus der BRD) einsehbar.

Ein so vernetzter, geforderter und tüchtiger Handwerker übersteht den Systemwechsel. Es wäre als Friseur vorwärts gegangen, aber wie

manchmal im Leben – es kommt etwas dazwischen. Bei Ewald war es eine neue Frau. Zur Zeit nach dem Anschluß an die BRD war Ewald wieder einmal zu haben. Das nutzte eine Spätaussiedlerin aus – und eroberte den Ewald. Sie war fortan sein LAP (Abkürzung für Lebensabschnittspartner) und stellte ihn dann unter den Pantoffel.

Zuvor verdiente diese Frau ihr Geld auf dem Markt als Gemüseverkäuferin. Ewald war für diese Frau eine gute Partie. Es begann sogar eine sinnvolle Arbeitsteilung, Ewald konnte bestens Haare schneiden und sie übernahm die Geschäftsführung mit all dieser BRD-Bürokratie. Aber dieser Zustand hielt nicht lange, die Geschäftstätigkeit expandierte. Und so versuchte es Ewalds LAP mit einer Partnervermittlung, beschränkt auf weibliche Objekte aus Gebieten der ehemaligen UdSSR. Das war keine gewerbliche Tätigkeit, aber man konnte manchen Leuten einen Gefallen tun, ihre sexuelle Not zu beenden oder ihnen einfach einen Liebesdienst erweisen. Was man nebenbei im Falle einer erfolgten Eheschließung zur Erhöhung der Bevölkerungszahl beitrug, ist im Sinne der aktuellen BRD-Politik. Aber auch wo es nicht zu einer Eheanbahnung kam, wurden doch sexuelle Dienstleistungen eingefädelt. Ob diese Dienstleistungen gegen Entgelt oder als Gefallen getätigt worden sind, ist unbekannt.

Unabhängig davon wurde dann irgendwann allgemein nach täglichem Geschäftsschluß in der unmittelbaren Umgebung seines Geschäftes ein fröhlicher Umtrunk mit unplanmäßigen Teilnehmern zur Gewohnheit. Einen Verstoß gegen das Ausschankrecht gab es nicht, weil jeder Teilnehmer die auszuschenkenden alkoholischen Getränke mitbrachte. Die Polizei beobachtete solche Praktiken, schritt aber nicht ein. Die Kehrseite einer solchen Praxis, alle mitgebrachten alkoholischen Getränke mußten »vernichtet« werden, mit den üblichen Folgen. Diese betrafen auch Ewald. Er war jeden Tag abends volltrunken und nicht mehr fahrtüchtig. Aber seine Ehefrau übernahm den Fahrdienst nach Heckelberg. Am folgenden Werktag begann morgens dann der Zyklus von vorn. Einen solchen Lebensstil verträgt man nicht lange und so raffte ein Schlaganfall den Ewald aus dem Berufsleben. Er war danach schwerbehindert und berufsunfähig. Ob Ewald noch lebt, ist nicht bekannt. Er war auf alle Fälle ein Lebemann, und hatte seinen Platz für Dienstleistungen bei den Eberswaldern.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Amadeu Antonio 60 Jahre

Am 12. August, dem 60. Geburtstag von Amadeu Antonio (12.8.1962 – 6.12.1990), trafen wir uns zum Feiern, Gedenken und Austausch am und im Afrikanischen Kulturverein Palanca in Eberswalde. Unter anderem hörten wir bewegende Lebensgeschichten von Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern, die in den 1980er Jahren in die DDR kamen, so von Olga aus Mosambik, die aus Dresden zugeschaltet war. Wir hörten leidenschaftliche Statements zu strukturellem Rassismus von jungen Schwarzen Menschen, die hier und heute darunter leiden. Und wir sahen kurze Videos zum Thema (Anti-)Rassismus.

Am 6. Dezember sehen wir uns dann an der Gedenktafel in der Eberswalder Straße.

DIETER GADISCHKE

»Jeder Vers ein Psalm«

Lesung mit Ruth Johanna Benrath, Yevgeniy Breyger und Uwe Kolbe

Am Sonntag, dem 2. Oktober, lesen um 15 Uhr gleich drei Dichterinnen und Dichter. Der Eintritt beträgt 10 Euro. Es gibt Kaffee und Kuchen.

500 Jahre Bibelübersetzung – 2022 war ein Themenjahr, das auch literarische Aspekte hat und ein schöner Anlaß ist, über Luthers Sprachkraft nachzudenken. Aus diesem Anlaß sollen dem Joachimsthaler Publikum die beiden Preisträger des Lyrikpreises München 2021 vorgestellt werden, dessen Thema lautete: »Luthers Beitrag zur Mündigkeit des Menschen und das Krisenbewußtsein unserer Zeit«. Ergänzend wird Uwe Kolbe hinzugezogen als Teilnehmer des »Wartburgexperiments« 2021, das unter dem Motto »Zwiesprache mit der Lutherbibel« stand. Drei Perspektiven – ostdeutsch/agnostisch (Kolbe), westdeutsch/protestantisch (Benrath) und migrantisch/jüdisch (Breyger) – drei ganz unterschiedliche Schreibstile.

RUTH JOHANNA BENRATH geb. 1966 in Heidelberg, studierte Germanistik, Philosophie und Geschichte und promovierte 2004 über das Selbstverständnis von Geschichtslehrkräften aus der DDR vor und nach 1989. Sie schreibt Romane, Dramen, Hörspiele und Gedichte. 2007 erschien im Lunardi Verlag Berlin ihr Debüt Kehlraute. Ihre Texte wurden in Sinn und Form, Manuskripte und in der FAZ veröffentlicht. Zahlreiche Stipendien und Preise, darunter Martha-Saalfeld-Förderpreis 2009, H.C. Artmann-Stipendium 2011 und Lyrikpreis München 2021.

YEVGENIY BREYGER, geb. 1989 in Charkiw, Sowjetunion, emigrierte im Alter von zehn Jahren mit seinen Eltern nach Deutschland. Er studierte Kreatives Schreiben, Kulturjournalismus, Literarisches Schreiben und Curatorial Studies in Hildesheim, am Deutschen Litera-

turinstitut Leipzig und in Frankfurt am Main. Veröffentlichungen in Zeitschriften und Anthologien; 2014 und 2017 Herausgeber von Anthologien der Literaturinstitute. 2016 erschien bei kookbooks sein Debüt *flüchtige monde*, 2020 folgte im selben Verlag *gestohlene luft* und 2022 im Berliner mikrotext-Verlag. Zahlreiche Preise, darunter Selma Meerbaum-Eisinger Literaturpreis 2011, Lyrikpreis München 2018 und 2021, Leonce-und-Lena-Preis 2019 und Stipendium der Deutschen Akademie Rom Villa Massimo, Casa Baldi 2022.

UWE KOLBE, geb. 1957 in Ost-Berlin, machte 1980 mit seinem Debüt *Hineingeboren* und einem regimekritischen Akrostichon in einer Debütanten-Anthologie *Furore* und blieb bis zum Fall der Mauer und dem Ende der DDR ein kritischer und aufmüpfiger Dichter, der zeitweilig von der Staatssicherheit observiert wurde, bei der sein Vater verrückterweise arbeitete. Von 1983 bis 1987 gab er zusammen mit Bernd Wagner und Lothar Trolle die nicht-offizielle Literaturzeitschrift *Mikado* heraus. 1988 übersiedelte er aus der DDR nach Hamburg. Zahlreiche weitere Gedichtbände sowie Nachdichtungen, Essays, Erzählungen und Romane. Zahlreiche Preise, u.v.a. Nicolas-Born-Preis für Lyrik 1988, Villa-Massimo-Stipendium 1992, Heinrich-Mann-Preis und Lyrikpreis Meran 2012, Menantes-Preis für erotische Literatur 2014, Reiner-Kunze-Preis 2015 und Klopstock-Preis 2016.

GISBERT AMM

(Lyrikhaus Joachimsthal, Glockenstraße 23)

Malerei an der Edeka-Rückwand

Neue Motive für die Wand-Galerie in der Friedrich-Engels-Straße

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Edeka-Rückwand in der Friedrich-Engels-Straße ist seit 2014 eine Galerie unter freiem Himmel. Zurückzuführen ist diese Idee auf WILHELM SCHOMAKER, dem Eigentümer des Edeka-Geländes, MATTHIAS BOHN, Geschäftsführer der Firma »Die Klemptner« und Wirtschafts- und Sozialdezernent JAN KÖNIG.

Durch die farbigen Motive wird der öffentliche Raum optisch aufgewertet, nachdem die Edeka-Architekten die übliche schmuck- und fensterlose Wand in der Friedrich-Engels-Straße hingestellt hatten. Daß diese Gestaltung durch die Schülerinnen und Schüler der ansässigen Johann-Wolfgang-von-Goethe-Schule übernommen wird, ist naheliegend, schließlich blicken diese jeden Tag auf die Wand.

Zum Schuljahresstart konnten Schülerinnen und Schüler der jetzigen Klassen 7c, 6b sowie der Jahrgangsstufe 9 der Oberschule ihre im

Kunstunterricht gestalteten Gemälde präsentieren. Die Auswahl der Motive erfolgte durch die Kunstlehrerin MARION BARTSCH und Jan König. Entstanden sind Bilder zu den Themen »Märchen und Sagen« sowie »Draufsicht«, welche einen speziellen Bezug zu Eberswalde haben.

»Für die Schülerinnen und Schüler ist die Möglichkeit der öffentlichen Ausstellung ein absoluter Gewinn, da ihre Arbeiten sichtbar werden und sie so eine außergewöhnliche Anerkennung jenseits von Noten erhalten«, so Marion Bartsch.

Nachdem 2015 die ersten Bilder präsentiert wurden und aktuell damit die dritte Ausstellung läuft, soll in Zukunft ein jährlicher Ausstellungszyklus mit der Eröffnung zu Beginn eines Schuljahres stattfinden. Dabei werden natürlich wieder die Kunstwerke der Schülerinnen und Schüler aus der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Schule das Gesicht der Friedrich-Engels-Straße verwandeln.

Poetry Slam

Bevor es muckelig kalt wird, ist der POETRY SLAM EBERSWALDE am 24. September im Park am Weidendamm zu Gast.

Diesmal wird gepöbelt! Acht Poetinnen und Poeten treten mit selbstgeschriebenen Texten gegeneinander an – unter dem Motte: Pöbel Slam – verdammt nochmal. Das Publikum stimmt anschließend darüber ab, wer im Finale noch einmal auftreten darf. Zu gewinnen gibt es das, was das Publikum beisteuert. Also laßt euch gerne was einfallen. Die Moderation kommt diesmal im Doppelpack: Mila, the Great & Peaysi, the Best.

Der Poetry Slam am Sonnabend, dem 24. September, beginnt um 15 Uhr und wird etwa 17 Uhr enden. In der Nähe der Vogel-Statue. Der Eintritt ist frei, über eine kleine Spende freuen wir uns. Für Getränke sorgt der Studiclub und Sitzgelegenheiten haben wir auch. Bei schlechtem Wetter weichen wir in den Studiclub aus.

Du willst mitmachen? Wir sind noch auf der Suche nach Auftretenden! Melde dich gerne unter slam-eberswalde@posteo.de. Du solltest zwei Text im Gepäck haben, die als Pöbelelei durchgehen. Die Zeitbegrenzung liegt bei 5 Minuten. Wir freuen uns auf euch!

ALMUTH NITSCH

Jazz in den Kneipen

Vom 30. September bis zum 3. Oktober gibt es als Nachschlag unseres Himmelfahrtfestivals »Jazz in E. No. 27« mit »Jazz in den Kneipen« eine viertägige Zugabe. Zentral sind dabei die Konzerte mit dem Cologne Trio am Freitag (30.9.) um 20 Uhr im bloc.Cafe auf dem Rofin Park Gelände und mit KUU! am Sonntag (2.10.) um 20 Uhr im Kleinschmidt Cafe. Aber natürlich reagieren wir auch mit der Guten-Morgen-Eberswalde Ausgabe am 1. Oktober und mit einem weiteren KUNSTfrühschoppen am Feiertag, dem 3. Oktober, auf den selbstgeschaffenen Anlaß. Am Sonnabend (1.10.) erleben wir im Rahmen der dann auch schon 31. Luftkur bei Guten-Morgen im Park am Weidendamm an der Schwärze neben der Melonen-Revue von Antje Schiffers auch ein Konzert des Cellisten Hannes Buder. Klangkunst zwischen Klassik und Avantgarde um Halbfünf am Vormittag! Und am Montag (3.10.) heißt es ab 11 Uhr Hippy-Groove-Jazz mit der Hammond B3. Das Trio »Slowboy« mit Wolfgang Roggenkamp, Jan von Klewitz und Kay Lübke ist Gast beim 5. KUNSTfrühschoppen auf der WERFT/Galerie Fenster (im Brandenburgischen Viertel, Prignitzer Str. 50).

Bei den Veranstaltungen am 1. und 3. Oktober ist der Eintritt frei, der Vorverkauf für die Konzerte am 30. September und am 2. Oktober läuft über den Mescal Shop (<https://mescal-shop.tickettoaster.de/produkte>) sowie in der städtischen Tourist-Info und bei der BBG.

UDO MUSZYNSKI



Kritisches Denken

Unser erstes Online-Tagesseminar mit dem Titel »Mit kritischem Denken die Zukunft lenken« findet am Donnerstag, den 29.09.2022, von 9 bis 17 Uhr statt. In Kooperation mit der Kreisvolkshochschule Barnim dürfen Dennis Hindenburg und ich künftig den Teilnehmenden Philosophie & Nachhaltigkeit (vor allem in Bezug auf das Soziale) näherbringen.

JANINE GRÜNSTEIDL
 Weitere Infos unter kvhs.barnim.de

Kommunales Kino im Heidekrug: Was sehen wir ...?

Am Freitag, dem 23. September, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. um 19.30 Uhr im kommunalen Kino den georgischen Spielfilm »Was sehen wir, wenn wir zum Himmel schauen?« (Deutschland/Georgien 2021) in der Originalfassung mit Untertiteln (Länge: 151 Minuten, FSK o.A.). Der Eintritt beträgt 6 Euro. Eine Reservierung ist nicht erforderlich.

Als sich Lisa und Giorgi eines Tages vor den Türen einer Schule über den Weg laufen, ist es Liebe auf den ersten Blick – und der Beginn einer Odyssee durch das georgische Kutaissi, bei dem leblose Objekte um sie herum auf einmal zum Leben erwachen: So wird eine Überwachungskamera zum bösen Auge und ein Abflußrohr zum Orakel. Und nicht nur das: Ein Fluch sorgt dafür, daß Lisa und Giorgi am nächsten Morgen mit anderem Aussehen erwachen.

Mit Alexandre Koberidze betritt ein junger Filmemacher mit einer einzigartigen, aufregend neuen Handschrift die Bühne des Weltkinos. Sein zweiter Film »Was sehen wir, wenn wir zum Himmel schauen?« ist gleichermaßen magisches Liebesmärchen, semidokumentarische Stadt-sinfonie und Ode an die Poesie des Kinos. (filmstarts.de)

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1
 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Rentensprechstunde

Fragen zum Rentenbescheid? Hier ist Klärung möglich: Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine bei der Volkssolidarität Barnim (Änd. vorbehalten):

Eberswalde, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 12.10. und 9.11., 10-12 Uhr.

Biesenthal, Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 12.10. und 9.11., 13-15 Uhr.

Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 21.9., 19.10. und 16.11., 10-15 Uhr.

Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463. Änderungen vorbehalten.

ANDREA HOEHNE

Das Letzte...

Ja, die Queen! Endlich Frieden! Endlich in der Gruft, bei ihren Lieben. Wer einen Fernseher sein eigen nennt, mußte sich wohl gestern 24 Stunden Live-Übertragung gefallen lassen. Angeblich sollen 4 Milliarden zugeschaut haben. Das ist nicht mal die Hälfte der Weltbevölkerung, wa? Hauptsache Superlative! So eine Königin kommt nie wieder! Charles wird es nie packen!

Wir brauchen die schlagkräftigste Bundeswehr ever! Ha, die desertieren alle? Lauter Wehrdienstverweigerer auf einmal!

Also braucht USA-Deutschland selbstfahrende, selbstzielende und selbsttötende Waffen. Höchstens noch vom Sofa in Ramstein aus abdrücken ...

Derweil wissen etliche Familien in der Monatsmitte nicht mehr, wie sie ihr Essen bezahlen sollen. Da kommt doch so ein Queen-Begräbnis gerade recht. Vier Live-Korrespondenten!

Dasselbe in der Hartz-IV Vorstadt irgendwo in Deutschland? Never! Abreißen. Luxussanieren. Dann kommt auch ein Minister ...

J.G.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions-schluß: 14. September 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist voraussichtlich am 12. Oktober 2022.